

Zwei Richtungen und ein Problem

Die sozialistische Idee ist lebendige Wirklichkeit und darum in ihrer Entwicklung nie abgeschlossen, so lange der Sozialismus nicht auf der ganzen Linie seine Verwirklichung gefunden hat.

Diese Wahrheit beweist klar und scharf die sozialistische Ideengeschichte der Schweiz. Sie bewegt sich in aufsteigender Richtung und findet in dem Programm vom Jahr 1904 den Abschluß eines Entwicklungsstadiums. Nichts anderes so eindringlich als eben dieses Programm beweist aber auch die Tatsache, daß die vom Geist des Marxismus getragene Idee mit der Praxis des Lebens aufs engste verbunden ist. Das Parteiprogramm ist eine umfassende, bedeutungsvolle Darstellung der gesellschaftlichen Zusammenhänge, eine Aufdeckung ihrer Entwicklungsgrundlagen und eine Schilderung der sozialistischen Ziele und der sozialistischen Tätigkeit. In einem Punkte aber, der für die Zukunft von besonderer Wichtigkeit sein sollte, vermochte es nicht zu befriedigen: in der Behandlung des Verhältnisses zum Krieg und den Kriegsmitteln. Hier weicht es einer klaren Stellungnahme sichtlich aus. So weit es sich mit diesem Problem beschäftigt, geschieht es in den Schlußsätzen. Die Lösung wird auf das Gebiet des gemeinschaftlichen Kampfes der sozialistischen Parteien aller Kulturländer für die Erringung einer klassenlosen Gesellschaft verwiesen, die mit dem Sieg der Solidarität aller Volksgenossen auch die nationalen Gegensätze überwindet und die Solidarität aller Völker herstellt. Damit erlöst die internationale Sozialdemokratie die Nationen vom Fluch des Militarismus und des Krieges.

Dieser Hinweis ist gegeben, denn er ist richtig und zutreffend. Aber er genügt nicht. Mit der Auffassung, daß die Beseitigung von Militarismus und Krieg eine Frage internationaler Ordnung sei, ist nicht festgestellt, wie sich die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder zu diesem Problem zu verhalten haben, nichts gesagt über das Verhältnis der

schweizerischen Sozialdemokratie zum Heer- und Militärwesen des eigenen Landes. Hier weicht das Programm von seiner sonst so glänzend durchgeführten Methodik und Systematik ab. In seinem allgemeinen Inhalt begnügt es sich nicht mit der Umschreibung und der Proklamation des Zieles. Es zeigt auch den Weg zum Ziel. In der Militärfrage stellt es die Lösung als Ergebnis der Aufhebung der Klassengegensätze dar, aber es zeigt nicht, was bis zum Zeitpunkt der Herbeiführung dieser Lösung zu tun sei.

Diese Unvollständigkeit war auch dem Programmverfasser zweifellos bewußt, aber die Gegensätze innerhalb der Partei waren zu stark, als daß sich im Augenblick der Programmberatung eine völlige Klärung hätte ermöglichen lassen. Solange es keine gewerkschaftlichen Kämpfe von Bedeutung gab, bestanden in der Beurteilung der Militärfrage keine wesentlichen Differenzen. Die Sozialdemokratie erklärte sich als grundsätzliche Gegnerin des Militärwesens und seiner Festigung. Die Partei habe indessen zurzeit ein großes Interesse an der nationalen Selbständigkeit des Vaterlandes, denn es biete in politischer Hinsicht Vorteile, die in den Nachbarstaaten nicht beständen. Die Bundes- und Kantonsverfassungen wiesen Rechte auf, die den Ausbau der Demokratie und der Volksfreiheit erlauben. Verschwände die nationale Selbständigkeit der Schweiz, so würde auch das im Vergleich zu andern Staaten vorhandene Plus an Volksrechten dahinfliegen, um der politischen Reaktion Platz zu machen. Die nationale Selbständigkeit sei nur denkbar, wenn sie nötigenfalls durch eine bewaffnete Macht verteidigt würde. Die Sozialdemokratie wisse sich nun allerdings frei von der Ueberschätzung des Militärwesens. Barer Unsinn sei es, zu behaupten oder zu glauben, die schweizerische Armee vermöchte auch nur halbwegs als selbständiges Heer aufzutreten und — auf sich selbst angewiesen — mit irgend einem der die Schweiz umgebenden Staaten einen Krieg erfolgreich zu bestehen. Hierfür würde weder das Heerwesen und seine Ausbildung, noch

die Kriegsmittel ausreichen, ganz abgesehen von der Truppenführung, die bis jetzt noch nie bewiesen habe, daß sie im entscheidenden Augenblick nicht versagen würde.

Andererseits aber stehe fest, daß ein gehörig organisiertes, gut ausgebildetes und tüchtig geführtes Volksheer, wie es die Schweiz stellen könne und stellen müsse, bei militärischen Verwicklungen für die Nachbarstaaten keine quantité négligeable bedeute und zwar sowohl um seiner selbst willen, als auch der geographischen und strategischen Lage des Landes wegen. Aus diesen Gründen rechneten denn auch die Nachbarstaaten mit der Mobilisierung des schweizerischen Heeres. Darin liege der Schutz, den die schweizerische Armee der nationalen Selbständigkeit verleihe. Diese bewaffnete und organisierte Macht könne nur das Volksheer sein. Sie erfülle ihren Zweck und verdiene ihre Existenz nur dann, wenn sie kriegstüchtig und schlagfertig sei. Sollte sich herausstellen, daß die Schweiz nicht imstande sei, ihrer Armee diese Eigenschaften zu geben, dann allerdings sei es besser, man verzichte auf die Militärausgaben, denn nur um militärische Schindluderei zu treiben und um die Bureaucratie zu vermehren, dürfe das Schweizer Volk sein sauer verdientes Geld nicht hinauswerfen. Sozialdemokratische Pflicht sei es deshalb, die Bildung eines möglichst tüchtigen und schlagfertigen Heeres anzustreben. Dieses Heer sei als Volksheer auf demokratischer Grundlage zu organisieren und dürfe nur so viel kosten, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Diese Einstellung weicht grundsätzlich von der bürgerlichen Auffassung des Militärproblems nicht ab. Sie geht aus von der allgemeinen Demokratie und vom allgemeinen Volksbegriff, nicht vom proletarischen Klassenbegriff. Sie schuf aber auch eine Reihe von Schwierigkeiten, mit denen die Partei jahrelang schwer zu kämpfen hatte. Die Sozialdemokratie war am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts noch eine verschwindende Minderheit. Im Nationalrat hatte sie nur sieben Vertreter, die mit linksbürgerlichen Kreisen

eine sozialpolitische Gruppe bildeten. Anerkennt man die Armee des bürgerlichen Staates grundsätzlich als eine Notwendigkeit, so muß man ihr auch die erforderlichen Mittel zu ihrer Organisation und ihrem Ausbau gewähren. Ueber das Maß dieser Mittel aber hatte die Sozialdemokratie als kleine Minorität nicht zu entscheiden und innerhalb der Partei selbst ergaben sich stets wieder Meinungsdivergenzen über dieses Maß.

Auch die Forderung der Demokratisierung des Heerwesens war ein Widerspruch in sich selbst. Demokratisch kann das Ziel einer Armee sein, ihre Organisation aber ist notwendig hierarchisch. Unterordnung und Disziplin, geregeltes, wenn erforderlich zwangsweise hergestelltes Zusammenspiel aller Glieder der Truppenbestände sind die Voraussetzung einer schlagfertigen Armee. Der militärische Apparat gleicht einer Maschine. Eine Maschine demokratisiert man nicht, man demokratisiert nur ihre Anwendung.

So lange die Klassegegensätze in der Demokratie nicht stark entwickelt sind, tritt dieser Widerspruch nur gelegentlich in Erscheinung. Werden aber die sozialen Gegensätze und die sozialen Kämpfe schärfer, zeigt sich unvermeidlich, wie sehr auch der militärische Zweck und das militärische Ziel einer Armee durch die Klasseninteressen bestimmt werden.

Schon der Gotthardstreik des Jahres 1875 hatte die Stellung der Armee im Kampf der Klassen blitzlichtartig beleuchtet. Mit den häufiger auftretenden Lohnkämpfen der Gewerkschaften machte die Bourgeoisie das Heer immer offener ihren Klasseninteressen dienstbar. Bei jedem größern Streik wurden Truppen aufgeboden. Angeblich zum Schutz der innern Ruhe und Ordnung des Landes bewerkstelligt, hatten die Aufgebote als Wirkung den Schutz der Interessen der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter.

Diese Verwendung des Heeres erregte innerhalb der kämpfenden Arbeiterklasse tiefen Unwillen. Die Arbeiter erkannten den Klassencharakter des Heeres und glaubten an die

Demokratisierung nicht. Als nach der Programmberatung 1904 der Parteitag die Militärfrage behandelte, standen sich zwei Anschauungen gegenüber. Die Arbeiter und die Gewerkschafter wandten sich gegen die Truppenaufgebote bei Streiks und machten ihre Stellungnahme zu der neuen Militärorganisation ausschließlich von dieser Frage abhängig, während die Intellektuellen und die Kleinbürger das Problem unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der demokratischen Zweckbestimmung der Armee beurteilten.

Bündig und klar hatte sich damals der Zentralvorstand des schweizerischen Metallarbeiterverbandes ausgesprochen. Er ließ durch seinen Sekretär Oskar Schneeberger folgende Anträge begründen:

«Gegen die Verwendung von Truppen bei Streiks wird energisch protestiert, weil diese Verwendung eine Parteinahme der Regierung zugunsten der Unternehmer im wirtschaftlichen Kampf bedeutet und das Recht der Arbeiterschaft, sich des Streiks als Mittel zur Verbesserung ihrer Lage zu bedienen, illusorisch macht.

«Jeder neuen Militärorganisation, welche nicht ein Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks enthält, ist die Zustimmung zu verweigern und es ist in der Volksabstimmung eine energische Propaganda gegen dieselbe zu entfalten. Die sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesversammlung erhalten Auftrag, sich bei der Beratung der neuen Militärorganisation für dieses Verbot energisch einzusetzen.» In dieser durch die Anträge des Metallarbeiterverbandes aufgeworfenen Frage bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die eine Richtung forderte durch einen Antrag Emil Klöti «sichere Garantien gegen einen Mißbrauch von Truppenaufgeboten anlässlich von Streiks». Sie lehnte solche Aufgebote nicht prinzipiell ab und begnügte sich mit dem Postulat, daß ein absolutes Verbot nur dann zu erlassen sei, wenn die erwähnten Garantien nicht geboten würden. Die zweite Richtung forderte das absolute Verbot

sans phrase; ihr folgte der Parteitag mit einer Zweidrittelmehrheit.

Jetzt entstanden neue Schwierigkeiten. Was tun, wenn trotz dieser Stellungnahme der Partei weiterhin Truppenaufgebote erlassen würden? Die Parteileitung begnügte sich mit einem Antrag, der die Soldaten für diesen Fall aufforderte, sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewußt zu sein und sich nicht zu Handlungen verwenden lassen, durch die das Streik- und Versammlungsrecht ihrer Klassengenossen verkümmert würde. Ein Zürcher Antrag verlangte gegebenenfalls die Untersuchung der Verhältnisse durch die Leitung des Gewerkschaftsbundes und der Partei, während der Zentralvorstand der Metallarbeiter begehrte:

«Jeder Milizsoldat, der sich weigert, einem Truppenaufgebot aus Anlaß von Streiks Folge zu leisten, ist von der Partei wie von dem Berufsverband, dem der Betreffende angehört, finanziell zu unterstützen und seine Familie vor Not möglichst zu schützen, falls er für die Weigerung bestraft wird.

«Sollte wieder ein Aufgebot bei Anlaß von Streiks erfolgen, so sind sofort in der ganzen Schweiz Protestversammlungen einzuberufen, um dem Volk die Parteinahme der Regierungen zugunsten der Unternehmer klar zu machen und eine lebhaft propagandistische Kampagne gegen den Militarismus zu entfalten; ebenso sind die Arbeiter dann aufzufordern, sich vom freiwilligen Militärwesen (Schießvereine, Unteroffiziersvereine, Vorunterricht) fern zu halten.»

Charles Naine fand, Truppenaufgebote bei Streiks hätten keinen andern Zweck, als die Interessen des Kapitals mit Gewalt zu schützen und den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu unterdrücken; er verlangte von der Partei, sie möge die Mitgliedschaften und die Arbeiter im allgemeinen auffordern, «alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die Aktionen der Regierungen bei derlei Anlässen zu verhindern».

In die Diskussion dieser Anträge spielte immer wieder die prinzipiell abweichende Stellungnahme der einzelnen Par-

teigenossen zur Militärfrage hinein. Schließlich wurde die finanzielle Unterstützung von Militärdienstverweigerern abgelehnt und im allgemeinen die Propaganda gegen die Militäraufgebote beschlossen. Die auf die Revision der Militärorganisation abzielenden Anträge gingen an die Parteileitung, mit dem Auftrag, sie zu sichten und in Uebereinstimmung mit der grundsätzlichen Stellungnahme der Partei in einer Eingabe an das schweizerische Militärdepartement zu verarbeiten.

Worin aber bestand die grundsätzliche Stellungnahme? Das eben beschlossene Parteiprogramm enthielt sich einer konkreten Erklärung. Das Arbeitsprogramm stellte nur einige allgemeine, vom Grundsatz der Demokratisierung des Wehrwesens ausgehende Forderungen auf. Erst das Jahr 1906 brachte die weitere Abklärung. Nachdem sich 1905 eine in der Hauptsache aus Parteigenossen bestehende antimilitaristische Liga gebildet hatte, sah sich die Parteileitung veranlaßt, einen besondern Parteitag zur Behandlung der Militärfrage einzuberufen.

Das lebhafte Interesse ging aus der Fülle von Anträgen, wie aus den Debatten hervor. Prinzipielle Bedeutung erhielten sie bei der Entscheidung der Frage, ob die Partei ein Volksheer als notwendige Einrichtung zur Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen anerkennen solle, so lange unter den Völkern Mitteleuropas die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel noch nicht verwirklicht sei. Verschärft wurden die Debatten durch den Beschluß der antimilitaristischen Liga der Schweiz, die erklärte:

«Die antimilitaristische Liga der Schweiz erstrebt als Endziel die völlige Abschaffung des Militärs.

«Ihre Mitglieder sind der Ueberzeugung, daß ein Zeitalter wahrer Menschlichkeit erst dann anbrechen wird, wenn diese barbarische Institution verschwunden ist, daß dieses Ziel auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung aber niemals völlig erreicht werden kann; denn das Bürgertum findet in der Verteidigung seiner Vorrechte sowohl

gegen fremde Nationen wie gegen die Proletarier des eigenen Landes im Militär seine wirkungsvollste Waffe und wird niemals in deren Preisgabe einwilligen.

«Um die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu stürzen, ist es notwendig, daß der bürgerlichen Klasse ihre Gewaltmittel, das Militär, entrissen werde. Die antimilitaristische Liga arbeitet daher mit allen Mitteln — nicht ausgeschlossen die politischen — auf die Vernichtung der Militärgewalt hin.» Die prinzipiellen Gegensätze verkörperten sich auf dem Parteitag in den Personen Herman Greulichs und Charles Naines. Jetzt ging es nicht mehr um die Frage des Militarismus allein, es stand nunmehr das sozialistische Prinzip und der Weg zu seine Realisierung selbst in Diskussion.

Greulich verwies auf das bekannte Vorwort zur Marx'schen «Kritik der politischen Oekonomie». Die wirtschaftlichen Tatsachen sind für den Untergang der alten und die Formation der neuen Gesellschaft das entscheidende. Es ist zu beobachten, ob und wie weit ein Umwälzungsprozeß vor sich gegangen ist. Nun ist der Kapitalismus zwar international. Er hat den Weltmarkt zur Voraussetzung. Eine Folge davon ist, daß auch die Arbeiterbewegung international ist und überall hin ihre Anknüpfungspunkte haben muß. Aus dieser Tatsache hat man indes falsche Schlüsse gezogen. Die einzelnen Länder sind heute noch stark ausgeprägte Individualitäten. Was ein Jahrtausend eigenartig gewachsen, streicht man nicht mit einer Phrase aus. Sind die der antimilitaristischen Liga abgeneigten Parteigenossen keine Hurrapatrioten, glauben sie keineswegs, das Schweizer Volk sei eine ausgewählte Nation, ähnlich wie die alten Juden, so darf doch festgestellt werden, daß die Schweiz zur Zeit Zustände aufweist, die an sozialem und politischem Gehalt weit über das hinausgehen, was sich in vielen andern Ländern vorfindet. Auch wenn die sozialdemokratische Partei die in der Schweiz bestehenden Mißstände bekämpft, darf sie nicht übersehen, daß selbst diese Mißstände im Vergleich zu den Zuständen in andern Ländern diesen noch

weitaus vorzuziehen sind. Die Klassenunterschiede sind in der Schweiz geringer, als in den Nachbarstaaten. Nach außen bildet das Land, trotz allen innern Gegensätzen, eine Wirtschaftsgemeinschaft. So hat auch die Arbeiterklasse der Schweiz etwas zu verteidigen, um etwas zu erobern. Dabei wird kein Mensch denken, die Sozialdemokratie gebe sich mit den bestehenden Zuständen zufrieden. Aber die Eroberung weiterer Ziele setzt die Verteidigung des Bestehenden voraus.

Gegenüber Naine, der den Standpunkt vertritt, daß die sozialdemokratischen Forderungen nur auf internationalem Boden verwirklicht werden können, betont Greulich, die nächsten und schwersten Aufgaben habe die Sozialdemokratie wohl auf nationaler Basis zu lösen: die Organisation der Arbeitermassen, ihre Schulung zur Befreiungsarbeit, die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Arbeit auf nationalem Boden. Im Gegensatz zu der Auffassung der Antimilitaristen ist die Politik das stärkste dieser Mittel, wie denn der Antimilitarismus überhaupt Ausfluß der Utopie und des Anarchismus ist. Die Antimilitaristen machen sich keine Vorstellung davon, welche Bewegung im Volke entstehen müßte, wenn es wirklich vor die Frage gestellt wird, ob es seine Unabhängigkeit verteidigen wolle oder nicht. Wenn Not an Mann kommt, würde man die Dienstverweigerer einfach ins Narrenhaus sperren.

Klar und scharf soll die Stellung der Partei sein. Sie soll die politische Macht in den Gemeinden, Kantonen und im Bund erobern. Sie soll erobert werden zur Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie darf die nationale Gemeinschaft nicht verleugnen. Sie muß die Notwendigkeit der Wehr des Landes und mit ihr ein Volksheer anerkennen, das imstande sein soll, das Land zu verteidigen, wenn es in Gefahr kommt.

Naine erblickt gegenüber Greulich den Gegensatz in der Frage, ob bis zum Zeitpunkt, da das sozialistische Ideal verwirklicht worden sei, die Sozialdemokratie vorübergehend

eine Armee anerkennen oder ob sie versuchen soll, sie abzuschaffen. Natürlich kann die Armee nicht von heute auf morgen beseitigt werden, auch wenn die Sozialdemokratie es wollte. Dafür wären Jahre erforderlich. Eben darum aber ist die antimilitaristische Idee zu propagieren, wir dürfen dem Militarismus keinerlei Unterstützung mehr ange-
deihen lassen. Die Behauptung, man müßte mit den Ver-
hältnissen rechnen, unter denen wir leben, ist ein großer Irr-
tum. Niemals wird die Sozialdemokratie eine Aenderung
der bestehenden Verhältnisse herbeiführen, so lange die
Armee noch besteht.

Welche wichtige Reformen können übrigens auf nationalem
Boden verwirklicht werden? Niemand habe auf diese Frage
geantwortet. Die Arbeiterklasse hat gegen den internatio-
nalen Kapitalismus zu kämpfen, also muß ihr Kampf auf den
internationalen Boden verlegt werden. Die durch die Demo-
kratie gebotenen Vorteile dürfen nicht überschätzt werden.
So wichtig die politischen Kampfmittel zur Verteidigung der
Arbeiterinteressen sind, so sehr muß man sich vor Illusionen
hüten. Auch wenn die Sozialdemokraten in einer Gemeinde
die Mehrheit erobern, vermögen sie in den hauptsächlichen
sozialen Fragen doch nicht bedeutendes zu erreichen.
Die Frage der Befreiung des Proletariats ist weder auf dem
Boden der Gemeinde noch auf dem der Kantone oder des
Bundes zu lösen. Es gibt gewisse Unmöglichkeiten, mit
denen man zu rechnen hat. Wenn wir etwa auf kantonalem
Gebiet das Kapital höher besteuern würden, um das Los des
Arbeiters zu verbessern, würde das Kapital einfach aus-
wandern. Säßen Greulich und andere im Bundesrat, so
könnten sie vielleicht am Militärbudget einige hundert-
tausend Franken einsparen, aber das wäre kein Fortschritt.
«Aber auch diesen Tatsachen gegenüber,» so fährt Charles
Naine fort, «sollen wir den Mut nicht verlieren. Die Be-
wegung muß gefördert werden, um auf internationalem
Gebiet einen Ausweg zu finden. Es ist aber unmöglich, die
Arbeit international zu organisieren, so lange das Prole-

tariat vom Alp des Krieges bedrückt ist. Die uns umgebenden Staaten suchen sich der Demokratie zu nähern, und das größte Hindernis, dem sie auf ihrem Weg begegnen, ist eben diese Armee, die beizubehalten man uns empfiehlt. Das Militär unterstützt heute noch den Despoten, dem die Geschicke Rußlands anvertraut sind, und den deutschen Kaiser. In alle Armeen, auch in unsere Milizarmee hinein, müssen wir die Keime der Desorganisation und der Revolution tragen, wenn wir eine Verständigung herbeiführen wollen auf internationalem Boden. Unser Heil ist mit der russischen Revolution, mit Frankreich, gegen die einzig und allein auf dem Heer beruhende Tyrannei.»

Aus den leidenschaftlichen Debatten, in deren weiterem Verlauf besonders die Frage der Gehorsamsverweigerung gegenüber Truppenaufgeboten bei Streiks eine Rolle spielte, ging ein Beschluß hervor, der prinzipiell Greulich recht gab, in seinem praktischen Teil die Interessen der Gewerkschaften zu berücksichtigen versuchte. Die bereinigten Thesen des Parteitages 1906 haben dokumentarischen Wert. Sie lauten:

1. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erstrebt im Bunde mit den sozialdemokratischen Parteien der andern Länder die Abschaffung aller Kriegsmöglichkeiten und Kriegsmittel unter den zivilisierten Völkern.

Sie verlangt die Erledigung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichte.

2. So lange dieser Zustand nicht unter den Völkern Mitteleuropas hergestellt ist, anerkennt sie ein Volksheer mit der ausschließlichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von außen.

3. Die Partei protestiert gegen die Verwendung von Wehrmännern bei Streiks.

Da dieser Mißbrauch in den letzten Jahren tatsächlich vorgekommen ist, verlangt sie Garantien gegen dessen Wiederholung.

Sie wird dem Projekt einer neuen Militärorganisation mit

allen verfügbaren Mitteln Opposition machen, sofern diese Garantien darin nicht niedergelegt sind.

So lange sie ihr nicht gegeben sind, rät sie den Soldaten, wenn diesen befohlen wird, streikende Arbeiter anzugreifen, oder gegen sie die Waffen zu gebrauchen, den Gehorsam zu verweigern. Die sozialdemokratische Partei wird in solchen Fällen nach Möglichkeit die finanziellen Folgen, die den Einzelnen und seine Familie treffen, zu erleichtern suchen und sich zu diesem Zweck mit der gewerkschaftlichen Organisation in Verbindung setzen.

Die Partei hält dafür, daß die beste Garantie gegen die Verwendung von Truppen in Streikfällen in der unablässigen, systematischen Aufklärung der Schweizer Bürger über das Wesen der modernen Arbeiterbewegung und die ausschließliche Zweckbestimmung des Heeres, ferner in der Verstärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und damit der politischen Macht des Proletariats in Gemeinde und Staat liegt.

4. Die Partei verlangt eine auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaute Organisation des Wehrwesens, die mit den demokratischen Einrichtungen im Einklang steht und der verfassungsmäßigen Rechtsgleichheit nicht widerspricht.

Sie verlangt eine Verminderung der Militärausgaben und bekämpft alle Aufwendungen, die nicht unbedingt durch die Zwecke der Landesverteidigung geboten sind.

Damit hatte die Partei für einmal ihren Standpunkt zur Militärfrage fixiert. Sie lehnt den Antimilitarismus und die allgemeine Dienstverweigerung ab, stellt sich auf den Boden der Landesverteidigung und fordert von den Soldaten Gehorsamsverweigerung, wenn ihnen befohlen wird, auf streikende Arbeiter zu schießen. Die Lösung war ein Kompromiß, der erst durch die Folgen des Weltkrieges ins Wanken kam. Dieser Krieg wühlte ein ganzes Büschel weiterer Probleme auf, zu deren Klärung sich die Partei in langen Auseinandersetzungen durchringen mußte.

Von ihnen mag zum Schluß die Rede sein.

Die sozialistischen Ideen in der Kriegszeit

Zur Zeit des Friedens fordert der Kapitalismus von den Arbeitern herrisch das Opfer der Lohnsklaverei. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne, steigende Lebensmittelpreise, periodische Krisen und Arbeitslosigkeit, Untergrabung der Gesundheit in muffiger Fabrikluft und dumpfen Kellerwohnungen, Auflösung der Familienbande durch zunehmende Frauen- und Kinderarbeit — das war das Los der Proletarier in der kapitalistischen Frühzeit.

Der Schrankenlosigkeit dieser Ausbeutung setzten die Arbeiterorganisationen eine Grenze. Ihnen und ausschließlich ihnen ist es zu danken, wenn das Arbeitsverhältnis vertragliche Ordnung fand, der gesetzliche Arbeiterschutz in vielen Ländern zur Tatsache wurde, der in Arbeit stehende Proletarier bessere Lebensbedingungen erhielt. Und so sehr der Kapitalismus darauf ausgeht, alle Konzessionen, die er zu machen gezwungen ist, wieder wettzuschlagen durch gesteigerte Mechanisierung und Rationalisierung der Arbeit, durch die Drosselung der Produktivkräfte mittelst Hochschutzzöllen und Kartellierungen, durch künstliche Verteuerung der Warenpreise — man ließ den Lohnarbeitern doch das eine: ihr Leben.

Zur Zeit des Krieges forderten die Kapitalisten mehr. Jetzt war es das Leben selbst, das sie von den Arbeitern heischten. In langen, endlosen Reihen wurde der kräftigste und blühendste Teil der Bevölkerung auf die Schlachtbank geführt. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der sie früher die widerspruchlose Hingabe als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung gefordert hatten, verlangten nun die Herrschenden, daß die Arbeiter willig, ohne Murren, sonder Zagen ihr letztes, ihr Leben selbst für die Interessen der kapitalistischen Klassen von sich würfen. Zu Hunderttausenden blieben die Proletarier auf der Walstatt. Ihre Leichen modern in der blutgetränkten Erde, unter Schutt und Trümmern. Im Hinterland aber steht das ungezählte Heer der

Krüppel und Verstümmelten, stehen die Millionen von Witwen und Waisen und teilen mit dem Rest der Bevölkerung die unsagbaren materiellen, physischen und seelischen Leiden der modernen Mordbrennerei, die man den Weltkrieg, die Verteidigung des Vaterlandes, heißt.

Die Ungeheuerlichkeit dieses Weltgeschehens konnte nicht ohne Einfluß auf die schweizerischen Arbeiter bleiben. Aus zwei Gründen. Einmal durch die Tatsache der Massenschlächtereien und ihrer Motivierung, und zweitens durch den Zusammenbruch der internationalen sozialistischen Arbeiterorganisation.

Die Schweiz stand nicht im Krieg. So konnte sie, wenn sie es wollte, Distanz zu den Ereignissen, Objektivität des Urteils gewinnen. An ihrem Teil hat dies die schweizerische Arbeiterschaft versucht. Sie kontrollierte die Lügen der einen Mächtegruppe durch die Lügen der entgegengesetzten Mächtegruppe. Sie sah, wie angeblich nirgends ein Angreifer und überall nur Verteidiger des bedrohten Landes vorhanden waren. Sie stellte fest, wie sich in der Schweiz, der damaligen Drehscheibe der internationalen Politik, Händler, Spekulanten, beiderseitige Nutznießer des Krieges die Hände reichten. Sie erfuhr, wie angeblich jede kriegführende Macht für die Befreiung der Menschheit, für Gerechtigkeit und Freiheit, für Glück und Wohlfahrt aller kämpfte und dabei die Menschen zu Hunderttausenden, zu Millionen kalt niedermähen ließ. So mußte in den Herzen der Ehrlichen und Aufrichtigen, die man die Primitiven und Dummköpfe schalt, tiefster Abscheu und glühender Haß gegen die Lüge des Krieges, gegen den Krieg selbst aufsteigen.

So furchtbar diese Erkenntnis, so erschüttert der Glaube an den Menschheitsgedanken, an Kultur und Zivilisation, unendlich schwerer und schmerzlicher mußte die Arbeiterschaft der Zusammenbruch der Internationale treffen. Nicht nur das internationale Proletariat, auch weite Kreise des Bürgertums erblickten in der Internationale eine der letzten Bürgschaften

für den Frieden. Groß verlaufene internationale Kongresse hatten den Krieg verdammt, Generalstreik, Insurrektion und Bürgerkrieg als Verhinderungsmittel proklamiert. Die letzte Hoffnung war die Internationale, noch in jenem Augenblick, als das Verhängnis schon seinen Lauf nahm. Die Ermordung des großen Führers der sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs: Jean Jaurès war das erste Anzeichen des Zusammenbruchs auch dieser letzten Hoffnung. Nach der Burgfriedenserklärung aller großen sozialistischen Parteien vollzog sich der Zerfall der Internationale in raschem Zuge. Wie ein gewaltiges Naturgeschehen, wie ein Dieb in dunkler Nacht war der Krieg über die Völker Europas hereingebrochen. Heute trennt uns genügend Zeit, um jene furchtbare Tragik der internationalen sozialistischen Bewegung objektiver zu würdigen, als es im Moment des ersten Zusammenbruchs möglich war.

Der offene Krieg bedeutet die Vereinigung aller staatlichen und gesellschaftlichen Machtmittel in den Händen der herrschenden Klassen. Sie verfügen über die Gewalt. Sie formen die öffentliche Meinung. Sie beherrschen Post, Telegraph, Telephon und Radio. Die Presse, der öffentliche und geheime Nachrichtendienst untersteht ihrer Zensur. Man stelle sich das Bild vor, das sich daraus ergeben muß: abgeschnitten von jeder Verbindung mit dem Auslande, gefüttert nur mit Nachrichten und Erklärungen, die das engmaschige Sieb der Regierung und des Generalstabs passiert haben, alles unterdrückt, was dem undurchsichtigen Zweck der Kriegsführung zuwiderläuft, die Angst vor feindlichen Einfällen, vor der Vernichtung des eigenen Lebens im Leibe, die Lüge des Verteidigungskrieges wie rieselndes Gift in die Hirne geträufelt, auch wenn der Krieg bewußt gewollter Angriff war — kein Wunder, wenn in dieser Stimmung, in dieser Panik die Volksmassen dem Ansturm des Krieges erliegen und fürs erste ehrlich glauben, es handle sich um einen Kampf, bei dem jeder Unterschied der Partei und der Klasse

vor seiner unmittelbaren Notwendigkeit zurückzutreten habe.

Im Blick auf dieses Bild weiß man, daß es keine Verhinderung des Krieges gibt, wenn er einmal vor der Türe steht. So wenig man ein Wildwasser dämmt und bändigt, wenn man erst im Augenblick seines Ausbruchs Schutzbauten errichtet, so wenig ist der Krieg im Augenblick seines Ausbruches zu verhindern durch Generalstreik, Insurrektion und Bürgerkrieg. Gelingt es nicht schon früher, den Ausbruch des Krieges durch die möglichst vollständige Liquidation der Kriegsmittel abzuwehren, kann nicht der Gefahrenherd selbst zerstört werden, so ist das Ereignis unaufhaltsam, sobald einmal die Kriegsfackel entzündet ist.

Aber hätten nicht die Führer der sozialistischen Parteien den Kriegsausbruch verhindern können? Auch sie hätten es nicht vermocht. Nirgends, in keinem Parlament der Welt saßen sie in der Mehrheit, nirgends, in keinem Land der Welt war die Arbeiterklasse im Besitz der politischen Macht. Was die Führer hätten tun können, das wäre die formelle und feierliche Ablehnung der Verantwortung für die Folgen einer Politik gewesen, die die sozialistischen Parteien stets bekämpft haben. Diese Erklärung hätte den Krieg nicht verhindert, aber sie hätte in den für die herrschenden Klassen kritischen Situationen des Krieges ein Fundament gegenseitigen Vertrauens der internationalen Sozialdemokratie geschaffen und eine gleichzeitige, gemeinsame internationale Aktion für die Wiederherstellung des Friedens ermöglicht. Erklärungen in diesem Sinne erfolgten nicht. So blieb der Friedensschluß eine Angelegenheit der Siegermächte, ihr Diktat, nicht das Ergebnis der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse. Die parlamentarischen Vertretungen der Sozialdemokratie in den beiden maßgebenden Ländern stellten sich auf den Boden ihrer Regierungen, bekannten sich zum Burgfrieden und setzten die nationale Solidarität mit der Bourgeoisie über die internationale Solidarität des Proletariats. Diese Tatsache beeinflusste die sozialistische

Politik bis weit in die Nachkriegszeit hinein, und noch heute sind ihre verhängnisvollen Folgen nicht ganz überwunden. Die Enttäuschung über diesen Zusammenbruch war vorab bei der Arbeiterschaft der neutralen Länder gewaltig. In der sozialistischen Arbeiterinternationale erblickte sie eine Bürgerschaft für den Frieden und den Schutz gegen den Ueberfall der Kleinstaaten durch kriegerische Großmächte.

Auf diesen Schutz hatte auch die schweizerische Sozialdemokratie gebaut und, auf ihn eingestellt, die politische Linie ihrer Außenpolitik bestimmt.

Diese Voraussetzung war jetzt dahingefallen. Belgien als Kleinstaat brachte das erste Opfer. In der Schweiz erfolgte die allgemeine Truppenmobilisation. Das Parlament trat am 3. August 1914 zusammen. Von Deutschland wie von Frankreich lagen Mitteilungen vor, daß sie die Neutralität des Landes respektieren würden. Zum Schutz der Neutralität und zur Abwehr der Kriegsauswirkungen forderte der Bundesrat die Ermächtigung, während der Dauer der Mobilisation auf Grund eines allgemeinen Notverordnungsrechtes regieren zu dürfen.

Mit der folgenden Erklärung brachte Greulich den Standpunkt der einstimmigen Parlamentsfraktion zum Ausdruck:

«Die sozialdemokratische Fraktion stellt mit Bedauern fest, daß die Herrschaft der unbegrenzten Rüstungen die Kulturwelt in einen Abgrund von Leiden und Verzweiflung stürzt. Die internationalen Arbeiterorganisationen, die von der kapitalistischen Welt hartnäckig bekämpft werden, haben leider trotz all ihrer Anstrengungen nicht vermocht, die Katastrophe zu verhindern.

«Im Namen der schweizerischen Arbeiterklasse protestieren die sozialdemokratischen Vertreter im Nationalrat gegen ein internationales Rüstungssystem, das so unermeßliches Unheil über die Völker bringt. Sie werden den Kampf gegen dieses System auch fernerhin mit aller Energie weiterführen.

«Der Not der Stunde gehorchend, die das ganze Volk zu einigem Handeln aufruft, stimmt die sozialdemokratische Nationalratsfraktion den vorliegenden Anträgen des Bundesrates zu, in der Hoffnung, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu beitragen werden, den Kriegsbrand von unserm Lande fern zu halten und den durch den Krieg der ausländischen Staaten heraufbeschworenen Notstand zu lindern.

«Die sozialdemokratische Fraktion erwartet, daß die den Militärbehörden übertragene Gewalt auf die militärischen Notwendigkeiten beschränkt bleibt und außerhalb dieser Notwendigkeiten die persönlichen Freiheiten in keiner Weise angetastet werden.»

Bald hatten die ersten Kriegsmonate ihren Einfluß auf das Denken der schweizerischen Arbeiter ausgeübt. Mit jedem Tag des Krieges dachte die klassenbewußte Arbeiterschaft nüchterner und begann die Ereignisse mehr und mehr vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen aus zu beurteilen.

Zu dieser raschen Wandlung trug in erster Linie das Verhalten der besitzenden Klassen bei. Jetzt, da sich die allgemeine Volkssolidarität hätte bewahrheiten sollen, war von ihr keine Spur. Rücksichtslose Ausnützung der Lebensmittelknappheit, krassester Egoismus, Hamsterei und Preistreiberei, Lohndruck, kurz: der Versuch, die Folgen des Krieges auf die untern Schichten der Bevölkerung abzuwälzen, das war die Moral des Bürgertums.

Trugen diese Tatsachen wesentlich zur Radikalisierung des Denkens der Arbeiterschaft bei, so läuterte die von neutralem Boden aus erfolgte Beobachtung des Kriegsverlaufs die Anschauungen über den Militarismus. Schon in der Budgetberatung der Dezembersession 1914 entfesselte die sozialdemokratische Parlamentsvertretung eine Militärdebatte. Zwar zeigten sich innerhalb der Fraktion die gleichen Meinungsdivergenzen, wie sie in ihren Extremen schon der Parteitag 1906 zum Ausdruck gebracht hatte. Der eine Teil lehnte die ordentlichen Militärausgaben ab, der andere

Teil der Fraktion stimmte ihnen zu. Einhellig aber war die Fraktion in der Wertung des Krieges. Was ich damals im Namen der sozialdemokratischen Gruppe der Bundesversammlung ausführte, war ebenso sehr ein Appell an die schweizerische Arbeiterklasse, als an jene Freunde in den kriegführenden Ländern, die im Begriff standen, sich von der Kriegspsychose zu befreien. Die Rede war eine Charakterisierung des Krieges und der Kriegslüge und enthielt unter andern folgende Stellen:

«Wir haben am 3. August dieses Jahres für die außerordentlichen Vollmachten an den Bundesrat gestimmt und dazu eine motivierte Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung wiesen wir auf die allgemeinen Ursachen und die Triebkräfte des gegenwärtigen Krieges hin. Der Verlauf des Krieges hat unsere Auffassung bestätigt. Es gibt wohl heute keinen ernst denkenden Menschen mehr, der behaupten wollte, daß der Krieg auf Rassengegensätze zurückzuführen sei, oder daß heute um die Kultur und die Freiheit irgend eines Volkes gekämpft würde. Es handelt sich in diesem Krieg um wirtschaftliche Interessen. Die Interessen der kapitalistischen Klassen in den verschiedenen Ländern sind miteinander in Widerspruch geraten. Die kapitalistischen Schichten beherrschen die Staaten, und ihr Einfluß erwies sich als stärker, als alle internationalen Bestrebungen und Abmachungen für die Erhaltung des Friedens.

«Man hat vom Zusammenbruch gesprochen. Mit Recht. Zusammengebrochen ist in diesem Kriege das System des bewaffneten Friedens. Die Wortführer der herrschenden Klassen bezeichneten dieses System, das auch unserm Volke unerhörte Lasten aufbürdet, als einen notwendigen Schutz gegen die Kriegsgefahren, die Kosten des bewaffneten Friedens als eine Risikoprämie gegen den Krieg. Wir haben an diese Behauptungen nie geglaubt und von dieser Stelle aus wiederholt darauf hingewiesen, daß die unheilvollen Rüstungen in Tat und Wahrheit die größte Gefahr für den Frieden bedeuten. Die Tatsachen beweisen jetzt, daß die

militärische Organisation Europas nicht zum Frieden, sondern zum Kriege führte und auf kapitalistischer Grundlage den Krieg bedingte.

«Die Katastrophe, die Europa und die außereuropäischen Völker erschüttert, übertrifft an Ausdehnung und in ihren entsetzlichen Wirkungen alles, was menschliche Einbildungskraft zu erfassen vermochte. Angesichts des scheußlichen Massenmordes, angesichts der Hunderttausende von Krüppeln, angesichts der Millionen von Witwen und Waisen, verkünden wir Sozialdemokraten laut und eindringlich die Notwendigkeit des international geführten Kampfes gegen den Militarismus, gegen die Rüstungen und gegen die Herrschaft des Kapitalismus. Nicht die engherzige, egoistische, nationale Abschließung ist es, die sich aus diesem Kriege als Notwendigkeit für die Fortentwicklung der Völker erweist; nur die Aufhebung der nationalen Schranken und die gegenseitige Durchdringung der Völker mit dem Gedanken der internationalen Verbrüderung führt zum friedlichen Aufstieg der Menschheit und zur Entfaltung der Kultur.»

Von diesem Geist beseelt, versuchte die schweizerische Sozialdemokratie die durch den Krieg zerrissenen Fäden der internationalen sozialistischen Beziehungen neu zu knüpfen. Neben persönlichen Bemühungen gingen offizielle Besprechungen einher. Man glaubte, es genüge, die sozialistischen Parteien, die jetzt auf die unheilvollen Abwege des Nationalismus und des Chauvinismus geraten waren, an ihre frühern Beschlüsse und an ihre sozialistischen Pflichten zu erinnern, um das internationale Zusammenwirken bald wieder herzustellen und den gemeinsamen Kampf für die schleunige Beendigung des Krieges aufzunehmen.

In diesem Bemühen trafen sich die sozialistischen Parteien der neutralen Länder, zu denen damals auch Italien und Amerika noch gehörten. Ende September 1914 fand in Lugano eine italienisch-schweizerische Konferenz statt. Sie beleuchtete den Ursprung und den imperialistischen Charakter des Krieges und betonte gegenüber der damals in

ihrer Jungfräulichkeit blühenden Befreiungslegende, daß es nimmermehr die Aufgabe der Arbeiterklasse sein könne, gemeinsam mit ihren Unterdrückern fremde Völker durch das Mittel des Krieges befreien zu wollen. Die schweizerische Parteileitung erhielt Auftrag, unverzüglich Schritte zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen einzuleiten und sich dabei auf die internationalen Kongreßbeschlüsse zu berufen.

Der Holländer Troelstra erwirkte die Verlegung des internationalen sozialistischen Bureaus von Brüssel nach dem Haag, ohne dadurch eine Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien während des Krieges zu erreichen. Die amerikanischen Sozialisten luden zu einem Kongreß, der in Washington stattfinden sollte. Der Plan scheiterte, der Kongreß kam nicht zustande. Nun traten die skandinavischen Parteien auf den Plan. Mit einer Konferenz der Neutralen glaubten sie, die Internationale wieder aktionsfähig machen zu können. Auch dieser Versuch mißlang. Inzwischen bildeten sich unter den Parteien der ehemaligen Internationale «Mächtegruppen», wie im Lager der Kriegsurheber. Die Entente-Sozialisten sahen sich in London, die österreichischen und die deutschen Sozialisten in Wien. Das war die formelle Bestätigung der eingetretenen Spaltung. Die zwei nach den Lagern des sich bekämpfenden Imperialismus getrennten Hauptgruppen der Internationale standen sich jetzt auch organisatorisch als zwei Blöcke gegenüber. Trotzdem versuchte es die schweizerische Sozialdemokratie noch einmal mit einer Initiative. Sie appellierte an die Parteien der neutralen Länder, die sie auf Ende Mai 1915 zu einer Konferenz nach Zürich einberufen wollte. Der Schritt blieb erfolglos.

Hier ist nicht der Raum, um die Ursachen des Mißlingens aller dieser Versuche zu erörtern. Die Feststellung muß genügen, daß die nationalistische Einstellung, der sogenannte Kriegsozialismus, jede Verständigung ausschloß und so lange ausschließen mußte, bis er überwunden war. Zwar

hatten die internationalen Sozialisten-Kongresse verkündet, es sei Aufgabe der Arbeiterklasse eines jeden Landes, dem Kriegsausbruch mit allen Mitteln entgegenzuwirken und, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sei es die Pflicht des internationalen Proletariats, die durch ihn entstandene politische und wirtschaftliche Krise energisch zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft auszunützen. Dieser Erkenntnis aber stand die von der Internationale stillschweigend anerkannte Pflicht zur Landesverteidigung im Fall eines äußern Angriffs entgegen. Und da die sozialistischen Parteien aller kriegführenden Staaten glaubten, ihr Land sei angegriffen, konnte die Grundlage einer internationalen Verständigung mit diesen Parteien während des Krieges nicht gefunden werden. Burgfrieden und Sozialpatriotismus schossen immer mehr in die Halme, die sozialistische Politik hatte ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit eingebüßt.

In den einzelnen Ländern machten sich schwache Ansätze einer erwachenden Opposition geltend. Aber nun offenbarte sich eine neue Schwierigkeit. Der Kampf gegen die Regierung des einen Landes wurde als Unterstützung der imperialistischen Regierung des feindlichen Landes denunziert. Jede Anklage gegen die eigene Regierung galt im feindlichen Lande als Rechtfertigung der Kriegspolitik dieses Landes. Man mißbrauchte die Opposition zur Unterstützung und Rechtfertigung des Sozialpatriotismus. In den schüchternen Regungen der Opposition in Deutschland erblickten die Mehrheitssozialisten in den Entente-Ländern einen Beweis für die Richtigkeit ihres Standpunktes und ihrer Kriegspolitik. Umgekehrt stützten sich die deutschen Mehrheitssozialisten in der Verteidigung ihrer Politik auf die oppositionellen sozialistischen Strömungen in Frankreich. So lief die Opposition in jedem Lande Gefahr, den gleichgerichteten oppositionellen Strömungen in den feindlichen Ländern wie der eignen Sache zu schaden.

Was war zu tun? Bis jetzt standen die Minderheitsgruppen in den kriegführenden Ländern allein. Sie hatten keine Verbindungen miteinander. So lange diese Isolierung existierte, war jede friedensfreundliche Handlung mißbräuchlicher Deutung ausgesetzt. So mußte man versuchen, die sozialistischen Minderheiten in den einzelnen Ländern international zusammenzufassen. Diese Aufgabe konnte nur durch die Vermittlung der Sozialisten in den neutralen Ländern erfüllt werden. In den Dienst dieser Aufgabe stellten sich zunächst einzelne Schweizer Genossen und später offiziell die sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Die Zusammenfassung der sozialistischen Minderheiten war an zwei Voraussetzungen gebunden: einmal an die Erkenntnis, daß die tiefsten Kräfte einer internationalen Aktion für den Frieden in der lebendigen Tätigkeit der Sozialisten eines jeden Landes wurzeln und nicht durch eine internationale Konferenz geschaffen werden können. Zweitens erschien eine internationale Sammlung der oppositionellen Kräfte nur möglich, wenn einige grundlegende Prinzipien für den Kampf gegen den Krieg von den sozialistischen Minderheiten allgemein anerkannt würden.

Diese Grundlagen galt es, zu suchen. In einer zwischen italienischen, russischen und schweizerischen Sozialdemokraten am 11. Juli 1915 in Bern abgehaltenen Besprechung einigte man sich zunächst über das Ziel einer illegal einzu-berufenden internationalen Konferenz, die dann im Herbst in Zimmerwald tagte. Die Herbeiführung einer internationalen Friedensaktion, nicht die Schaffung einer neuen Internationale sollte das Bestreben sein. Da aber eine Friedensaktion als selbständige Bewegung der internationalen Arbeiterklasse nur möglich erschien, wenn gleichzeitig die Unterstützung der Kriegspolitik der imperialistischen Regierungen aufgegeben würde, beschränkte man die Einladungen auf jene Parteien und Gruppen, die zu einem Bruch der Burgfriedenspolitik und zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes bereit waren.

Karl Liebknecht hat später einmal — gelegentlich seines Hochverratsprozesses — die Voraussetzungen für den internationalen Friedenskampf gezeichnet:

«Der jetzige Krieg ist kein Krieg zur Verteidigung nationaler Unversehrtheit oder zur Befreiung unterdrückter Völker oder zur Wohlfahrt der Massen. Er bedeutet vom Standpunkt des Proletariats aus nur die äußerste Konzentration und Steigerung der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Aussaugung, der militaristischen Abschlachtung von Leib und Leben der Arbeiterklasse zum kapitalistischen und absolutistischen Vorteil.

«Darauf gibt es nur eine Antwort der Arbeiterklasse aller Länder: verschärften Kampf, internationalen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Regierungen und die herrschenden Klassen aller Länder für die Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung, für die Beendigung des Krieges durch einen Frieden im sozialistischen Geist.

«Die von mir vertretene Politik . . . ist bis zur letzten Konsequenz international gemeint. Sie statuiert die gleiche Pflicht, die ich mit andern in Deutschland der Regierung und den herrschenden Klassen gegenüber erfüllte, für die Sozialisten der übrigen kriegführenden Staaten ihren Regierungen und ihren herrschenden Klassen gegenüber . . . Der internationale Sozialist . . . kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Vertreter des internationalen Kapitalismus.

«Würden die deutschen Sozialisten zum Beispiel die englische Regierung und die englischen Sozialisten zum Beispiel die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Vertretern angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom

Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung ... ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf.»

Gegen diese Politik wandte sich die Zimmerwalder Konferenz vom September 1915, beschickt von einer Reihe offizieller Parteien und oppositioneller Gruppen. Eine deutsch-französische Erklärung bereitete den Boden für die Behandlung der Friedensfrage vor. Ein Manifest, trotz anfänglich auseinanderstrebenden Meinungen einstimmig beschlossen, schilderte die durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen. Dann wendet sich der Aufruf an die Arbeiterklasse, zeigt ihr die verhängnisvollen Folgen der Kriegspolitik der sozialistischen Parteien und fordert zum Kampf für den Frieden auf.

«Dieser Kampf,» fährt das Manifest fort, «ist der Kampf für die Freiheit, für den Sozialismus. Es gilt, dieses Ringen aufzunehmen für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Ein solcher Friede aber ist nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an die Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.»

Die Schlußnahmen der Zimmerwalder Konferenz paßten sich der gegebenen Situation an. Was die Konferenz wollte, war: die Aufpflanzung eines Signals, der Appell an die Selbstbesinnung der Arbeiter, der Weckruf für den Frieden. Das hatte sie erreicht. In kurzer Frist erklärten über 30 sozialistische Parteien, Organisationen und Gruppen ihre Zustimmung. Eine «Internationale sozialistische Kommission»

mit Sitz in Bern sorgte für die organisatorische und geistige Verbindung.

Eine zweite nach Kiental einberufene Konferenz vom April 1916 verfolgte die in Zimmerwald aufgestellten Ziele weiter. Wieder galt die Hauptarbeit der Besprechung des Friedensproblems. In einem war man sich von Anfang an klar. Niemand stellte sich auf den Boden, daß es Aufgabe der internationalen Konferenz sein könne, ein Friedensprogramm auszuarbeiten, das den imperialistischen Regierungen den Weg für einen sogenannten Verständigungsfrieden zu zeigen habe. Wichtiger war die Schaffung von Klarheit über das Wesen des Krieges und über die Möglichkeiten der Beseitigung von künftigen Kriegsgefahren. Wichtig, weil in weiten Kreisen der Arbeiterklasse über diese Fragen große Verwirrung herrschte. Mit einer Klarheit, die später durch die Friedensverträge und durch die Entwicklung der Nachkriegszeit volle Bestätigung in den geschichtlichen Tatsachen erfuhr, verwies die Kientaler Konferenz auf die wirklichen und wesentlichen Ziele des Krieges: Neueinteilung des Kolonialbesitzes und Unterwerfung wirtschaftlich rückständiger Länder unter die Herrschaft des Finanzkapitals. Sind diese Ziele kapitalistischer und imperialistischer Natur, so kann ihre Verwirklichung die Kriegsursachen nicht beseitigen, den dauernden Frieden nicht herstellen. Alle Mittel und Methoden, die dem Krieg entgegengesetzt werden, ohne die Ursachen, den Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft selbst zu treffen, sind wirkungslos und führen nicht zu dem gewünschten Ziel. Die Konferenz entwickelte den Grundgedanken des Manifests von Zimmerwald weiter. Sie sagte den Arbeitern nicht nur, daß sie für den Frieden kämpfen müßten, sie versuchte ihnen auch zu erklären, warum sie es tun müßten: nicht um die Welt so bestehen zu lassen, wie sie vor dem Kriege war, sondern um sie umzugestalten in der Richtung des Sozialismus.

War die Sozialdemokratie der Schweiz in Zimmerwald nur durch ein paar Genossen und durch sie nur persönlich ver-

treten, so beteiligte sich in Kiental die Partei offiziell. Unter den Kriegswirkungen hatte sich eine innere Wandlung vollzogen. Mit dem verschärften Kampf gegen die aus dem Krieg hervorgegangene Not wuchs parallel das Bedürfnis nach geistiger Klarheit.

Dieses Bedürfnis machte sich umso stärker geltend, als in der Militärfrage beide Richtungen einander noch immer schroff gegenüber standen. Dabei handelte es sich keineswegs nur um theoretische Meinungsverschiedenheiten. In den parlamentarischen Beratungen stießen die Gegensätze hart aufeinander, sodaß die sozialdemokratische Fraktion auch nach außen in einer der brennendsten Streitfragen der Zeit das Bild starker Zerrissenheit bot.

Diesen Zwiespalt sollte der Parteitag 1917 schlichten. Leidenschaftliche Auseinandersetzungen gingen ihm monatelang voraus. In Gruppen und Organisationen wurden gutgemeinte Vorschläge für die Ueberbrückung der Gegensätze aufgestellt. Vergeblich, denn es handelte sich um tiefgehende grundsätzliche Differenzen, die eine Einigung ausschlossen. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission kam in langer Motivierung zur Ablehnung der Landesverteidigung, forderte die Verschärfung des grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus und postulierte eine Reihe von Maßnahmen, die diesem Kampfe dienen können.

Eine Kommissionsminderheit lehnte diesen Standpunkt ab. Die grundsätzliche Verneinung der Landesverteidigung und die unterschiedslose Ablehnung aller Militärkredite widerspreche der materialistischen Geschichtsauffassung, schädige politisch die Partei und hemme damit die demokratische Entwicklung. Die Minderheit beantragte die Anerkennung des Grenzschutzes der neutralen Schweiz durch die sozialdemokratische Partei und die grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung im Fall eines äußern Angriffs.

Um diese Kernfrage ging auf dem Parteitag der Kampf. Die Debatte stand im allgemeinen auf einer erfrischenden Höhe. Sie war naturgemäß beeinflusst durch den bald drei Jahre

dauernden Krieg und seine psychologischen Auswirkungen in der schweizerischen Arbeiterklasse wie durch den mit der steigenden Notlage verschärften Klassenkampf. Geistig ergab sich bei der Mehrheit eine starke Anlehnung an die Zimmerwalder und Kientaler Beschlüsse. Mit starker Majorität — 222 gegen 77 Stimmen — entschied sich der Parteitag für die grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung und des Militarismus.

Die bedeutsame Entschließung suchte der historischen Situation gerecht zu werden. Die Resolution zeigt den imperialistischen Charakter des Krieges, bei dem es um die Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete geht. Die herrschende Klasse eines jeden Landes gibt den Krieg als einen Krieg zur Verteidigung des Vaterlandes aus, das heißt zur Verteidigung allgemeiner Volksinteressen, während es sich in Wirklichkeit um die Interessen der besitzenden Klasse handle. «An dieser Tatsache ändern auch die bürgerliche Demokratie, der Milizcharakter ihrer Armee und die Verpflichtung des Staates zu einer Politik der Neutralität nichts. Auch der neutrale, demokratische Staat unterliegt bei der internationalen Verstrickung der Interessen der Bourgeoisien aller Länder den Einflüssen des Imperialismus und ist im Kriegsfall auf die militärische Hilfe mächtigerer Bundesgenossen angewiesen, deren Zielen und Wünschen er sich unterzuordnen hat. Das demokratische Selbstbestimmungsrecht weicht dann der politischen und militärischen Diktatur der herrschenden Klassen, und der sogenannte Verteidigungskrieg zum Schutz der Neutralität verurteilt den kleinen Staat zu der erniedrigenden Stellung eines Vasallen und unfreiwilligen Helfershelfers seiner Bundesgenossen. Krieg und Militarismus sind daher keine Mittel zum Schutz der Demokratie und der Neutralität. Auch in jenem Zwischenstadium, wo die Interessen der kriegführenden Mächte die Anerkennung und Respektierung der Neutralität des kleinen Staates gebieten, birgt der bewaffnete Grenzschutz für die Demokratie und die Neutralität nicht minder große

Gefahren als die ihnen von außen drohenden. Bewaffneter Grenzschutz bedeutet: Uebergang der wichtigsten Volksrechte an die Regierung des Klassenstaates, Ersetzung der parlamentarischen Verantwortlichkeit und der demokratischen Kontrolle durch die politische und militärische Diktatur der Organe der herrschenden Klasse, die in den wichtigsten Schicksalsfragen der Nation selbständig entscheiden, auch dann, wenn die unmittelbare Folge ihrer Politik der Krieg ist.» Diese Formulierungen sind aus den unmittelbaren praktischen Erfahrungen heraus entstanden. Eine schleichende Neutralitätskrise ging durch das Land. Der sogenannte Graben zwischen der deutschen und der welschen Schweiz gefährdete die Neutralität. Der «Oberstenprozeß», eine kriegsgerichtliche Verhandlung gegen zwei hohe Offiziere, zeigte, wie schwankend die Grundlage war, auf der die Neutralität ruhte und wie nahe die Gefahr, daß die Schweiz in den Strudel des Krieges hineingerissen würde. Wirklich neutral war damals nur die Arbeiterklasse. Sie war weder frankophil, noch germanophil. Sie hatte weder für die eine noch für die andere der kriegführenden Mächte etwas übrig. Ihr war der Krieg, von welcher Seite immer er geführt wurde, auf das tiefste verhaßt. Durch ihr politisches Verhalten stellte die Sozialdemokratie ein Gegengewicht gegen die Neutralitätsausschreitungen der verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen her und hielt sie durch ihre ständig wachsende Aktivität in Schach.

Aber wenn der Parteitag 1917 die Landesverteidigung und den Militarismus ablehnte, spielte eine andere Erwägung nicht minder eine Rolle. «Der Militarismus ist die stärkste Waffe der besitzenden Klasse zur Erhaltung einer ungeordneten Wirtschafts- und Rechtsordnung. Seine Volksfeindlichkeit offenbart sich in der Anwendung gegenüber der um die Verbesserung ihres Lebens kämpfenden arbeitenden Klasse. Jede aktive Unterstützung der militärischen Bestrebungen, jedes passive Gewährenlassen bedeutet daher eine Befestigung der Machtstellung des Gegners. Das Pro-

letariat muß sich deshalb von der Anerkennung des Militarismus und seiner Funktionen lossagen und die endgültige Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen fordern.» Auch diese Formulierung ist der Ausdruck der damaligen Zeitverhältnisse. Wenn die schweizerische Sozialdemokratie die Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen forderte, so verstand sie darunter den Militarismus des bürgerlichen Klassenstaates. Probleme, wie sie einhalb Jahre später die Revolutionen in Mitteleuropa stellten und wie sie verschleiert schon durch die russische Revolution vom März 1917 aufgerollt wurden: die Verteidigung der in proletarischen Revolutionen erzielten Errungenschaften durch die militärische Gewalt, sei es gegen äußere Angriffe, sei es gegen innere Gefahren, beschäftigten zu jener Zeit das sozialistische Denken in der Schweiz noch nicht. Und doch wäre es falsch, aus jener Formel über die Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen die Anerkennung des Prinzips der Gewaltlosigkeit und des seichten, geistlosen Pazifismus abzuleiten. Die Resolution selbst spricht hierüber mit unzweideutiger Klarheit: «Alle pazifistischen Redensarten gegen den Militarismus und Krieg, ohne Anerkennung des Zieles der vollständigen Ersetzung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus, sind illusionär und dienen nur dazu, die Arbeiterschaft vom ernsthaften Kampfe gegen die Grundlagen des Militarismus abzulenken. Der Kampf des Proletariats gegen Krieg und Militarismus ist deshalb in erster Linie ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, deren Beseitigung angestrebt wird durch die soziale Revolution.»

Hatte so ein jahrzehntelanger Meinungskampf innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie sein Ende gefunden, wengleich es noch einige Zeit dauerte, bis sich die Parlamentsfraktion geschlossen gegen die Militärkredite aussprach, so blieben andere Probleme noch ungeklärt, die durch den Verlauf des Krieges und seine Ergebnisse auf die Tagesordnung der Parteidiskussionen gesetzt wurden. Zu

ihrer Bereinigung fehlten auch Zeit und Gelegenheit. Jetzt hatte sich die Arbeiterklasse der Schweiz zunächst ihrer Haut zu wehren, und sie tat es in gewaltigen Demonstrationen und schließlich in jenen denkwürdigen Novemberstreiks des Jahres 1918, die sich über das ganze Land erstreckten. Erst das Jahr 1920 brachte neue Beiträge zur sozialistischen Ideenentwicklung in der Schweiz und mit ihnen die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung, die weiteren geistigen Auseinandersetzungen rief.

Wege des Uebergangs

Der Weltkrieg und sein Ausklang hatten das Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft verändert. Die Verschiebung des nationalen Kräfteverhältnisses war begleitet von politischen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa und von einer Aufteilung des kontinentalen und kolonialen Besitzes der im Krieg unterlegenen Zentralmächte. Wand sich der Kapitalismus am Ausgang des Krieges in heftigen Zuckungen, so zeigte sich bald, daß er zunächst und vorübergehend eine Kräftigung erfahren hatte. In der Wiederherstellung zerstörter Produktionsmittelindustrien, im versuchten Wiederaufbau der durch den Krieg lahmgelegten Wirtschaft fand er eine kurze Periode des Aufschwunges, die sich je nach der Entwicklung der Produktivkräfte, der Marktverhältnisse und der Finanzkraft des einzelnen Landes über eine Reihe von Jahren erstreckte.

Im Osten behauptete sich unter der Herrschaft der bolschewistischen Diktatur und ihren mannigfachen Wandlungen die russische Revolution. Im Gegensatz zu den meisten mitteleuropäischen Revolutionen hatte sie sozialen, nicht nur politischen Charakter. Die Vertreter der in der russischen Revolution verkörperten Ideologie glaubten, der west- und mitteleuropäische Kapitalismus sei reif für den Fall, es be-

dürfe nur der heroischen Willensanstrengung des Proletariats, um die politischen Revolutionen in soziale zu verwandeln und dort, wo sich die bürgerliche Klassenherrschaft, wie in den Siegerstaaten, unerschüttert behauptet hatte, ihren Sturz herbeizuführen.

Diese Ideologen übersahen zwei wichtige Faktoren. In Rußland konnte die vor dem Krieg bestandene Produktionsweise nicht weitergeführt werden. Rußland war vor dem Krieg ein ausgeprägtes Bauernland mit verhältnismäßig schwachen Ansätzen der industriell-kapitalistischen Produktion. Was der Westeuropäer unter dem modernen Begriff des bürgerlichen Eigentums versteht, gab es in Rußland nicht. Vorherrschend war der Feudalbesitz, untermischt durch Ueberbleibsel des Urkommunismus, und mit ihm jene in der Vergangenheit wurzelnde Produktionsweise, die dem Kapitalismus vorausgegangen ist. Die russische Revolution bedeutete nicht nur den Zusammenbruch eines politischen Systems. Sie war zugleich der Zusammenbruch des mit dem Stand der Produktivkräfte in Widerspruch geratenen Wirtschaftssystems. Aus diesem geschichtlichen Widerspruch erklärt sich das vorzeitige Ausscheiden des zaristischen Rußlands aus dem Kriege, trotzdem es Bestandteil der Entente-Mächte war, trotzdem es Seite an Seite mit den Siegermächten focht. Diese Voraussetzungen bestanden in West- und Mitteleuropa nicht. Hier brachen die Monarchien, das halbabsolutistische, durch die militärische Diktatur des Junkertums gestützte Staatssysteme zusammen. Aber das Wirtschaftssystem selbst blieb im Prinzip unverändert. So fanden die Staatsumwälzungen außerhalb Rußlands andere geschichtliche Bedingungen und darum konnte sich die russische Revolution nicht gleichsam auf die andern europäischen Staaten verpflanzen.

Dazu kam eine völkerpsychologische Verschiedenheit. Wo mit der gegebenen Staatsform zugleich das Wirtschaftssystem zusammenbricht, bleibt dem Volk keine andere Wahl, als sich ein neues System wirtschaftlicher und sozialer Be-

ziehungen aufzubauen. Wo die Revolution beschränkt bleibt auf die Aenderung des Systems der politischen Herrschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des bisherigen Wirtschaftssystems, wird ein Volk nur dann, wenn die ökonomischen Zustände selber dazu drängen, die politische Revolution in eine soziale Umwälzung umzuwandeln suchen. In West- und Mitteleuropa aber ging der Kapitalismus einer Periode vorübergehender Konsolidierung entgegen, und so fehlte nach den langen, entbehrungsreichen Kriegsjahren das Bedürfnis nach innern Machtkämpfen mit dem Ziel der Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände. Die Bolschewisten übersahen diese Faktoren und ihre Bedeutung. Mit ungeheuren Anstrengungen versuchten sie, die russische Revolution über ihre Landesgrenzen hinauszutreiben. Da sie wähten, objektiv wären die Bedingungen für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in West- und Mitteleuropa vorhanden, war es durchaus logisch, daß sie an den Willen der europäischen Arbeiter appellierten und zu der vermeintlich objektiven Voraussetzung die subjektive Bedingung zu schaffen versuchten.

Die Sozialdemokratie aller Länder, ausgehend von den Erkenntnissen des Marxismus und der materialistischen Geschichtsauffassung, widersetzte sich diesem Streben mit gutem Grund. Neben tiefen Meinungsverschiedenheiten war die organisatorische Spaltung und geistige Verwirrung die Folge. Gefühlsmäßig schlug das Herz des Arbeiters für die russische Revolution, deren Elemente in umso strahlenderem Licht erschienen, je weiter die Entfernung vom Schauplatz des russischen Bürgerkrieges war. Verstandesmäßig erkannten die Arbeiter mehr und mehr das Fehlen der objektiven Voraussetzungen für eine revolutionäre Umgestaltung. Aus diesem Zwiespalt ergab sich eine Unsicherheit des sozialistischen Denkens und der Beurteilung der Verhältnisse und Machtpositionen. Die ersten Nachkriegsjahre der sozialistischen Orientierung weisen starke Schwankungen, Widersprüche und Gegensätze auf, die sich innerhalb der schwei-

zerischen Arbeiterschaft nicht minder geltend machten, als in den proletarischen Schichten anderer Länder. Es war darum kein Zufall, daß die sozialdemokratische Partei der Schweiz, als sich die kommunistisch-bolschewistischen Einflüsse und die ersten Anzeichen der kommenden Parteilspaltung zeigten, ihr theoretisches Programm einer Revision unterzog und damit versuchte, die aus dem Krieg hervorgegangenen Lehren zu formulieren und gegenüber den Lockungen des russischen Bolschewismus und seiner Agenten die nötigen Abgrenzungen vorzunehmen.

Diese Aufgabe erfüllte der Parteitag 1920, der gleiche Kongreß, der den Auszug der sogenannten Parteilinken sah.

In der kritischen Darstellung erweitert das revidierte Programm die Charakteristik der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Klassenstaates. Die demokratischen Einrichtungen haben den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat keineswegs aufgehoben oder auch nur gemildert. Im Gegenteil. Sie haben ihn vielmehr entfaltet und bloßgelegt. Trotz seiner demokratischen Form bleibt der bürgerliche Staat der Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die innere und auswärtige Politik des Staates dient den Klasseninteressen der Bourgeoisie, der Ausübung, Erweiterung und Verteidigung ihrer Herrschaft. Durch die Beherrschung des Regierungsapparates, der Bildungsanstalten, der Presse, der Kirche, durch das Privilegium einer bessern Allgemeinbildung besitzt die Bourgeoisie neben der ökonomischen auch eine ungeheure geistige Uebermacht. Sie erschwert dem Proletariat die Befreiung von bürgerlicher Tradition und Bevormundung. Die Bourgeoisie zögert auch keinen Augenblick, die Gesetze des bürgerlichen Staates zu verletzen und die Freiheiten, die sie einst zur Entfaltung der Produktivkräfte nötig hatte, aufzuheben oder zu paralisieren, sobald sie ihre Klassenherrschaft bedroht sieht. Die bürgerliche Demokratie, die wohl einzelne soziale Reformen, einzelne Verbesserungen der Lage der arbeitenden Klasse durch-

führen kann, ist indes außerstande, an den ökonomischen Grundlagen des Staates zu rütteln und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen.

Diese Feststellungen entsprechen den tatsächlichen Verhältnissen. Sie haben heute, wo ein weiteres Jahrzehnt kapitalistischer Entwicklung das Wesen der bürgerlichen Demokratie noch schärfer kennzeichnet, vermehrte Bedeutung.

Anknüpfend an den Imperialismus schildert das Programm die neuesten Ergebnisse der großkapitalistischen Entwicklung für die Arbeiterklasse. Trotzdem die fortschreitende Technik und die Rationalisierung eine Erhöhung der Löhne und eine Verminderung der Arbeitszeit erlauben würden, steigern sich die Schwierigkeiten des Lebensunterhaltes bei den industriellen und gewerblichen Arbeitern, bei den Angestellten und Beamten, bei den Kleinbauern und den Schichten des bürgerlichen Mittelstandes.

Am Rande des durch den Krieg beschleunigten finanziellen Zusammenbruches erweist sich der bürgerliche Staat als unfähig, die an ihn gestellten sozialen Forderungen zu befriedigen. So weit er sich aber in sozialen Reformen versucht, werden ihre Kosten den ausgebeuteten Volksschichten überbürdet, sei es durch Steuern und Abgaben, sei es durch Ueberwälzung der den kapitalistischen Produzenten überbundenen Leistungen auf die Warenpreise. Eine planmäßige Beschränkung bis zur endlichen Aufhebung des Kapitalprofits und des Ausbeutungsverhältnisses zwischen Bourgeois und Proletarier aber kann der kapitalistische Staat nicht durchführen, weil er sonst die Grundlagen des eigenen Daseins angreifen und aufheben müßte. «So vermag der kapitalistische Staat dem Arbeiter weder ein ausreichendes Existenzminimum noch befriedigendes Obdach, weder sichere Arbeitsgelegenheit noch genügende Fürsorge in den Tagen der Krankheit, der Invalidität und des Alters zu verschaffen, geschweige denn ihn aus der Lohnsklaverei zu befreien.» Außenpolitisch wird diese Darstellung ergänzt durch den Hinweis auf die imperialistischen Zusammenhänge. Wie der

schweizerische Staat im Innern das Werkzeug der ihn beherrschenden kapitalistischen Klasse ist, so in seinen auswärtigen Beziehungen Anhängsel und Werkzeug der imperialistischen Großmächte. Erscheint das bürgerliche Klasseninteresse durch den der Arbeiterschaft aufgezwungenen revolutionären Kampf bedroht, liefert sich der Kleinstaat den Großmächten freiwillig aus und verbündet sich mit der internationalen Bourgeoisie gegen die eigenen Angehörigen, deren Schutz sein angeblicher Zweck ist. Im übrigen aber bleiben seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität nur so weit gewahrt, als sie mit den Interessen der Großmächte vereinbar sind. Erschwerung der Handelsbeziehungen, ökonomischer Boykott und politische Repressalien sind die Mittel, um den Kleinstaat dem Willen seiner kapitalistischen Widersacher gefügiger zu machen.

Diese sozialkritischen Auseinandersetzungen des Programms leiten über zu einer eingehenden Schilderung des Wegs zum Sozialismus. Innerhalb des bürgerlichen Staates erstreben die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen die Hebung der proletarischen Lebenslage und die Erhaltung und Erweiterung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten. Die Partei stellt sich so auf den Boden der Demokratie, aber sie wird dabei, wie das Programm meint, nie das sozialistische Endziel aus den Augen lassen, das nur durch die Aufhebung des bürgerlichen Staates verwirklicht werden kann. Die Sozialdemokratie — so betont das Programm weiter — wird niemals um augenblicklicher Vorteile willen Wege beschreiten, die ihre Aktionsfähigkeit im Klassenkampf lähmen und dadurch die Verwirklichung des Sozialismus verzögern oder gefährden könnten.

Während die Kommunisten durch Einzelaktionen, Putschismus und Aufstände glauben, die Welt aus den Angeln heben zu können, wägt das sozialdemokratische Programm kühl alle Mittel, die ihm in der kapitalistischen Gesellschaft für den Befreiungskampf des Proletariats gegeben sind, ab. Der Kampf der Arbeiterklasse wird durch das Mittel der Massen-

aktion, Demonstrationen und politischen Streiks geführt. Die parlamentarische Tätigkeit, die Wahl- und Abstimmungskämpfe, die Benützung des Initiativrechts und des Referendums stehen im Dienste der revolutionären sozialistischen Propaganda und Aktion. Nur die Verkennung der Bedingungen und Voraussetzungen des Klassenkampfes vermöchte diese Kampfmittel zu unterschätzen. Zwar beseitigen soziale Reformen den Kapitalismus nicht, aber sie können zum Ausgangspunkt politischer Kämpfe werden, der politischen Erweckung neue Massen zuführen und zur Teilnahme an diesen Kämpfen bewegen. So sind sie ein unentbehrliches Mittel der politischen Aufklärung und Erziehung.

Die Eroberung der politischen Macht ist das nächste Ziel der Arbeiterklasse. Nicht im ersten Ansturm wird dieses Ziel erreicht werden. Lange, schwere, wechselvolle Kämpfe sind erforderlich.

Wie werden sich diese Kämpfe abspielen? Welche Bedeutung erlangt in ihnen das Mittel der Gewalt? Was wird die zur politischen Macht gelangte Arbeiterklasse mit ihrem Sieg anfangen? Mit welchen Mitteln wird sie ihn behaupten? Diese Fragen führten in der Programmberatung zu großen Auseinandersetzungen. Der Sozialismus ist demokratisch, die Sozialdemokratie tritt ein für den friedlichen Aufstieg, sie kämpft gegen Unterdrückung und Knechtschaft. Das Programm erklärt denn auch, daß man mit Gewalt keine neue Gesellschaft aufbaue. Die konstruktiven Kräfte müssen in der Arbeit und ihrer Organisation entwickelt werden. Dennoch spricht das Programm von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, von der Anwendung der Gewalt. Wenn bürgerliche Politiker sich über diesen vermeintlichen Widerspruch entrüsten, ist das Heuchelei, denn diese Tugendwächter der Demokratie verfügen heute über den ganzen staatlichen Apparat der politischen und militärischen Gewalt. Wenn Sozialisten an diesem angeblichen Widerspruch Anstoß nehmen, verraten sie, daß sie sich über den Weg zum Sozialismus, über die Verwirklichung der sozialdemokrati-

schen Endzielforderungen nicht genügend Rechenschaft gegeben haben. Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist ein Prozeß des geschichtlichen Werdens. Er wird sich nicht auf einen Schlag vollziehen. Er kann die Formen friedlichen Aufstiegs, er kann aber auch die Formen der gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Trägern der kapitalistischen Herrschaft annehmen. Das wird, wie schon Albert Steck voraussah, besonders dann der Fall sein, wenn die Demokratie, beeinflußt und beherrscht von der Arbeiterklasse, als Angriffswaffe auf den Bestand des Privateigentums an den Produktionsmitteln, als Kampfmittel sozialistischer Enteignung benützt wird.

Ohne solche Eingriffe aber ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Sie sind seine lebendige Voraussetzung. Sozialismus ist die Zweckveränderung der menschlichen Gesellschaft. An die Stelle der Profiterzeugung für den einzelnen tritt die Gütererzeugung und der Gütertausch für die Befriedigung der Bedürfnisse aller. Diese Zweckveränderung aber ist nur möglich durch die Beseitigung der Privatwirtschaft, und die Beseitigung der Privatwirtschaft nur denkbar durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Ohne diesen Wechsel in den Eigentumsverhältnissen gibt es keinen Sozialismus.

Das Programm bezeichnet in dieser Richtung die Stufen des Uebergangs, soweit sie sich heute voraussehen lassen. «Das zur herrschenden Klasse erhobene Proletariat muß zunächst die Banken und die kapitalistischen Großbetriebe in den Dienst der neuen sozialistischen Organisation stellen, die die anarchische Profitwirtschaft des Kapitalismus durch die nach einheitlichem Plan geleitete Produktion und Verteilung der für die Gesellschaft notwendigen Güter ersetzt. Auch die Betriebe, die vom Proletariat nicht sogleich übernommen werden können, die industriellen und landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetriebe, müssen einem einheitlichen Wirtschaftsplan untergeordnet werden. . . . Durch Aufhebung des Erbrechts und Wegnahme der großen Vermögen wird das

Proletariat die sozialistische Umwälzung beschleunigen, durch Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht das wirtschaftliche und sittliche Fundament der neuen Gesellschaft legen».

Diese Maßnahmen fordern, heißt sich ihrer Tragweite und der zu ihrer Durchführung erforderlichen Kräfte und Methoden bewußt sein. Mag, wie es im Programm heißt, die Arbeiterklasse die politische Macht mit den Mitteln der Demokratie erobern oder wird in der Periode der entscheidenden Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt — so oder anders wird sich die Bourgeoisie mit allen Mitteln gegen ihre Enteignung, gegen die Expropriation der Expropriateure zur Wehr setzen.

Was wird die siegreiche, zur Macht gelangte Arbeiterklasse in diesem Fall tun? Wird sie sich damit begnügen, die Mittel der Demokratie, das Parlament, die Initiative, das Referendum anzurufen? Und wenn sich die Kapitalisten und ihr Troß mit Gewaltmitteln gegen die Demokratie wehren? Wird dann die Arbeiterklasse, weil der Sozialismus in seiner letzten Konsequenz das Prinzip der Gewaltlosigkeit darstellt, auf die Expropriation der kapitalistischen Klasse verzichten? Davon kann im Ernst keine Rede sein, denn das hieße auf den Sozialismus verzichten, die Arbeitermassen ewiger Unterdrückung, Verelendung und Versklavung ausliefern. Widersetzt sich die Bourgeoisie in dem von der Arbeiterklasse politisch beherrschten demokratischen Staat mit Gewalt ihrer Enteignung oder versucht sie schon vorher die Demokratie zu sprengen, bleibt der Arbeiterklasse keine andere Wahl, als im ersten Falle die demokratische Staatsgewalt mit den Mitteln der Diktatur auszurüsten, im zweiten Fall durch außerparlamentarische Machtkämpfe den Widerstand der kapitalistischen Klasse zu brechen.

Gustav Müller, der ehemalige Stadtpräsident von Bern, hat in der Programmdebatte diesen geschichtlichen Wendepunkt sehr schön geschildert. Die Diktatur, meinte er, kann niemals eine programmatisch festgelegte Regierungsform

oder Kampfmethode sein. Man wird immer nur Gewalt anwenden, um Gewalt abzuwehren. «Ich bin kein plärrender Methodistenprediger und kein bloßer theoretisierender Pazifist, sondern ich kann mir durchaus vorstellen, daß, wenn dieser Wendepunkt kommt, und wenn die herrschende Klasse sich in ihren Privilegien bedroht fühlt, sie dann kein Mittel verschmähen würde, um sich in der Herrschaft zu behaupten oder sie zurückzuerobern, auch nicht die Mittel der gewaltsamen Reaktion. . . . In Uebereinstimmung mit dem Programm selbst halte ich dafür, daß mit der Gewalt keine neue Gesellschaft aufgebaut werden kann, sondern daß der Aufbau durch planmäßige Entwicklung der Produktion erfolgen muß. Nur mit diesen Mitteln kann der Sozialismus durchgeführt werden. Aber zur Erhaltung der Errungenschaften dieser revolutionären Entwicklung können wir der Gewalt nicht entraten, wenn die Gefahr drohend wird, wenn die Reaktion einsetzt zu einer Gegenrevolution. Wenn also die zur Minderheit gewordene bisherige herrschende Klasse zu dem Mittel der Gewalt greift, dann sind staatliche Machtmittel, und zwar solche militärischer und politischer Natur anzuwenden und dann müssen sie rücksichtslos angewendet werden. In einem demokratischen Staate können wir weder mit der Einberufung des Parlaments noch mit den Mitteln der Initiative und des Referendums eine unmittelbar drohende Gefahr abwenden, sondern da kann die Diktatur notwendig werden.»

Was aber soll die Grundlage der proletarischen Diktatur sein? Auf welcher Basis wird sie sich vollziehen? Das Programm 1920 nennt als Basis das Rätssystem. Auch darüber hat sich Gustav Müller ein Bild gemacht, das er dem Parteitag mit folgenden Strichen zeichnete: «Das Rätssystem hat sich in Rußland an Stelle der zusammengebrochenen gesetzlichen Gewalten von selbst seine Stellung erobert, und die Tatsache, daß dieser Gedanke mit einer blitzartigen Schnelligkeit in der ganzen Welt das Proletariat geistig erfaßt hat, löst den Schluß zu, daß darin ein entwicklungs- und keim-

fähiger Gedanke liegen muß. Das Rätssystem will an Stelle der bloß formalen Demokratie auch die wirtschaftliche Demokratie zur Wahrheit machen. Wir wissen aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit, daß die Demokratie deshalb versagt, weil sie sich mit formalpolitischen Rechten begnügt, aber das wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnis der Arbeit gegenüber dem Kapital unangetastet läßt, weshalb die Arbeit trotz ausgedehnter politischer Freiheiten im gleichen rechtlosen Zustand der Abhängigkeit gegenüber dem Kapital leben muß. Das Rätssystem ist daher als ein Wirtschaftsorganismus, der die Leitung und Kontrolle der Produktion übernehmen soll, ein durchaus entwicklungs-fähiger Gedanke.»

Der Diktaturbegriff wie die Definition des Rätessystems waren am Parteitag stark umstritten. Zum Teil wurzelten die Meinungsverschiedenheiten wohl darin, daß ein Teil der Parteigenossen die Diktatur als ein System proletarischer Herrschaft auffaßte, dessen Inhalt und Formen er genau umschrieben niederlegen wollte. Das wäre ein vergebliches Unterfangen. Die Diktatur ist der Ausdruck einer revolutionären Entwicklungsphase, die ihren eigenen Gesetzen folgt. Die revolutionäre Situation richtet sich nicht nach den über die Diktatur aufgestellten Formeln, umgekehrt wächst die Diktatur als geschichtliche Notwendigkeit aus der revolutionären Situation heraus und paßt sich ihren Bedürfnissen an. So verzichtete der Parteitag mit Recht darauf, ein Lexikon über die Begriffe der Diktatur und des Rätessystems aufzustellen. Er begnügte sich mit der Kennzeichnung der Ursachen, die zur Diktatur führen und umschrieb ihren Zweck und ihre organisatorische Grundlage. Die Diktatur des Proletariats erstrebt nicht die Aufrechterhaltung der Klassen, sie dient ihrer Beseitigung. Sie wirkt auch nicht im Interesse einer Minderheit, wohl aber im Interesse aller arbeitenden Schichten, also der Mehrheit des Volkes. Darum ist die Diktatur im sozialdemokratischen Sinne keineswegs ein Versuch, durch das Mittel der Parteidespotie die Herrschaft einer

Minorität aufzurichten. Nur in Uebereinstimmung und mit der beständigen aktiven Unterstützung durch die arbeitenden Massen kann das klassenbewußte Proletariat die Aufhebung des Kapitalismus durch den sozialistischen Aufbau herbeiführen. Die Diktatur des Proletariats ist nur das revolutionäre Mittel zur Erringung der wahren, der sozialistischen Demokratie, die sich nicht im Rahmen der formalpolitischen Gleichheit erschöpft.

So stellt denn das Programm fest: «Das Proletariat, das Menschenmord haßt und verabscheut und Krieg und Verbrechen aus der Welt schaffen will, wird stets nur gezwungen zu den Mitteln politischer und militärischer Gewalt greifen und zu dem ausschließlichen Zweck, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die Angriffe der ehemals herrschenden Klassen und ihrer Söldlinge zu verteidigen.

«Die organisatorische Grundlage der Diktatur wird das Rätssystem sein, dessen jeweilige Form durch die gegebenen ökonomischen Verhältnisse bedingt wird. Durch sein engstes Verwachsensein mit dem Produktionsprozeß, seine stete Fähigkeit der Erneuerung erweist sich das Rätssystem als die wirksamste Organisation des Proletariats im Kampf um die politische Macht für die Kontrolle und Leitung des Produktionsprozesses wie auch zur politischen Schulung und wirklichen Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes. Diese Selbstverwaltung kann sich keineswegs nur auf die manuellen Arbeiter gründen. Um ihre Aufgabe erfüllen zu können, muß sie die Zusammenarbeit der körperlich und geistig Schaffenden aller eine gesellschaftlich nützliche Arbeit leistenden Menschen verwirklichen.»

Das theoretische Programm von 1920 hat die Abklärung der Uebergangsprobleme gefördert, wenn auch nicht vollendet. Das lag an den Verhältnissen. Mitten in Sturm und Drang entstanden, in einem Augenblick geschaffen, als in weiten Kreisen der schweizerischen Arbeiterschaft tiefe geistige Verwirrung herrschte und jeder Tag neue Fragen zur Diskussion stellte, hatte es die Aufgabe, das Fundament sozia-

listischer Erkenntnis zu festigen und aus den Illusionen hüben und drüben heraus den Weg in die Zukunft zu weisen. Diese Aufgabe hat das Programm erfüllt. Es setzte sich mit den Problemen der Zeit auseinander, schuf Klarheit gegenüber dem verfänglichen Abenteuerium bolschewistischer Putschisten und warnte vor einem Rückfall in die Ideologie kleinbürgerlichen Denkens, das als Reaktion gescheiterter revolutionärer Hoffnungen seine Kreise zog.

Sozialismus und Kommunismus

Ein Rückblick auf die Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz zeigt Schritt für Schritt den Zusammenhang mit der lebendigen Wirklichkeit. Aber diese Wirklichkeit ist klein und bescheiden. Sie stellt in dem einer relativen Wohlfahrt sich erfreuenden, durch die demokratische Tradition charakterisierten kleinen Lande keine großen Probleme. Es sind die hausbackenen Fragen und Sorgen des beschränkten Alltags, die das sozialistische Denken beherrschen. Und wenn einmal ein weiter Gedankenflug spürbar ist, geht er mehr von den geistigen Rückwirkungen großer Weltereignisse als von Bedürfnissen aus, die aus tiefen, entscheidenden Veränderungen des eigenen Daseins entstanden wären. Die schweizerische Arbeiterbewegung kennt im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung mancher anderer Länder auch keine überragenden Persönlichkeiten, die ihr dominierend geistiges Gepräge verliehen hätten. Dafür sind die Verhältnisse zu klein, die Gedanken stoßen sich zu sehr an den engen Grenzen dieser Verhältnisse, zumal das Land in nicht weniger als fünfundzwanzig Kleinstaatn aufgelöst ist, von denen jeder in weitgehendem Maße ein selbständiges Eigendasein fristet.

Vielleicht aber ist die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz gerade aus diesen Gründen interessant. Diese

Entwicklung ist aufs engste mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen des Landes verknüpft. Die sozialistische Ideenentwicklung ist ihr getreues Spiegelbild und stellt, herausgeschält aus der manchmal verwirrenden Hülle der Ereignisse, ein zusammenhängendes Ganzes dar. Sie bietet einen bemerkenswerten geistigen Aufstieg einer bescheiden um ihre Existenz ringenden Klasse, ein ehrliches, an den Zeitverhältnissen orientiertes Streben nach Klarheit und Wahrheit.

Bis in die erste Nachkriegszeit hinein galt das geistige Streben der schweizerischen Arbeiterklasse mehr der Erklärung der gesellschaftlichen Tatsachen und ihrer Entwicklung. Mit der russischen Revolution und der kommunistischen Parteisplaltung ergibt sich die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit lebenswichtigen innern Problemen der Arbeiterbewegung. Zwar hatten früher schon grundsätzliche und praktische Fragen das sozialistische Denken der Arbeiter beschäftigt, aber damals vollzogen sich diese geistigen Kämpfe im Rahmen organisatorischer Einheiten. Der Bourgeoisie gegenüber trat die Arbeiterklasse, soweit sie organisiert war, in geschlossener Front, als eine von den gleichen Grundanschauungen getragene Kampfgemeinschaft auf. Das änderte sich jetzt, als in der Schweiz eine kommunistische Splitterpartei entstand, ein Anhängsel der kommunistischen Internationale, ideologisch und finanziell von ihr abhängig. Nun galt es, sich praktisch und theoretisch, organisatorisch und agitatorisch mit den sogenannten Kommunisten, die häufig genug rabiate, wild gewordene Spießbürger waren, auseinander zu setzen, den Kampf nicht um die Seele, wohl aber um den Kopf, um den Verstand des Arbeiters aufzunehmen.

Dieser Kampf fiel in eine Zeit der allgemeinen politischen und sozialen Reaktion und wurde von ihr beeinflusst. In diesem Jahrzehnt überwand der Kapitalismus die Inflationskrise, baute seine internationalen Verflechtungen in groß-

artigen Wirtschaftsgebilden aus und stabilisierte vorübergehend noch einmal seine Basis.

Die im Zusammenhang mit den Kriegsjahren entstandenen revolutionären Strömungen verebten langsam, den Flitterwochen der Revolution folgten schwere politische Rückschläge, die im Süden in den Faschismus ausmündeten. Wo die Arbeiterklasse politischen Einfluß von Bedeutung erlangt hatte, übte sie ihn aus durch die formelle oder faktische Teilnahme an Koalitionen. Das revolutionäre Denken trat in den Hintergrund, eine Entwicklung nach rechts war unverkennbar. In vielen Ländern überschätzte man die Lebensfähigkeit des Kapitalismus, wie man sie früher gelegentlich unterschätzt hatte. Man richtete sich jetzt darauf ein, daß in den nächsten Jahren entscheidende gesellschaftliche Veränderungen nicht zu erwarten seien, in der Folge auch von einem Wiedererwachen revolutionärer Bewegungen, vom Wiederaufleben revolutionärer Kämpfe nicht die Rede sein könne. Damit verdunkelte sich das sozialistische Endziel, und zwar dort umso mehr, wo die Bourgeoisie es geschickt verstanden hatte, durch konziliante Manieren und Herbeiziehung sozialistischer Vertreter zu Verhandlungen am grünen Tische in der Arbeiterschaft den Eindruck zu erwecken, als ob die sozialen Zeitprobleme auf dem Wege freundlicher Auseinandersetzungen mit den Klassenfeinden gelöst werden könnten. Als sozialistischer Aufbau wurde nun vielfach angesehen, was bloße Tagesreform auf unsicherm Grunde war.

Durch diese Wandlungen wurden die Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Ideologie getrübt. Die den Maßstab der Beurteilung bildenden Grundlagen verschoben sich, die sozialistische Objektivität drohte sich auf Abwegen zu verlieren. Die Gefahr der Abwegigkeit war umso größer, je gewissenloser und verbrecherischer die kommunistische Propaganda sich gab, je mehr sie versuchte, die in jahrzehntelangen Kämpfen mühsam aufgebauten Organisationen zu zerschlagen, je offener sie sich mit den reaktio-

nären Zirkeln der Bourgeoisie gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung verschwor. Man konnte es den sozialdemokratischen Arbeitern nicht verdenken, wenn sie gelegentlich mit wahren Haßgefühlen gegen die kommunistischen Drahtzieher erfüllt wurden. Aber der Haß ist ein schlechtes Mittel sozialistischer Orientierung. Bei aller Gegensätzlichkeit der Anschauungen und des Kampfes war nicht zu übersehen, daß in den kommunistischen Reihen Arbeiter standen, Teile des Proletariats mit den gleichen Lebensbedingungen, wie die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft, Arbeiter, die jetzt wohl mißleitet, im letzten Grunde aber das gleiche Interesse und das gleiche Ziel hatten, wie ihre sozialdemokratischen Klassengenossen: den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft.

In diesem Streit mit den Kommunisten drohte auch die russische Revolution immer schieferer, ungeschichtlicherer Beurteilung ausgesetzt zu werden. Auch hier war zu bedenken, daß die russische Revolution in ihrem Ursprung bäuerlich-proletarisch war, daß sie umgeben ist von tiefstem Haß und leidenschaftlichsten Verfolgungen der Kapitalisten und der Bourgeoisie. Durch die Identifizierung der russischen Revolution mit der kommunistischen Propaganda in der Schweiz konnte leicht der Anschein entstehen, als verbände sich die Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen die Parteispalter mit der Bourgeoisie gegen die russische Revolution, die sie in Wirklichkeit stets gegen alle bürgerlichen Angriffe verteidigt hatte.

Eine Klärung des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Kommunismus erwies sich als dringende Notwendigkeit. Der Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie unternahm den Versuch im Sommer 1931. Seine EntschlieÙung geht von der Unterscheidung des Kommunismus als gesellschaftlicher Theorie, der russischen Revolution als historischem Ereignis und der kommunistischen Bewegung als internationaler Aktion aus.

In Theorie und Ziel gibt es zwischen Kommunismus und Sozialismus keinen Gegensatz. Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats. Sein Ziel ist die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Seine Methode ist der Klassenkampf des Proletariats. Als Lehre stimmen Sozialismus und Kommunismus überein. Es handelt sich um zwei verschiedene Worte für ein und denselben Begriff. Die Grundlage beider ist das kommunistische Manifest. Worin sich Sozialisten und Kommunisten heute unterscheiden, das ist die Beurteilung des Wegs, der zum Ziele führt und der Bedingungen, unter denen sich der Befreiungskampf der Arbeiter vollzieht.

In der Wertung der russischen Revolution ist auszugehen von ihrer historischen Grundlage und zu unterscheiden zwischen der Revolution selbst und der bolschewistischen Herrschaft der nachrevolutionären Zeit.

Rußland ist heute noch ein Agrarstaat. Im Zeitpunkt der Revolution fanden sich noch alle Stufen bäuerlicher Eigentumsverhältnisse und bäuerlicher Wirtschaftsweisen vor, vom Mir, den Ueberbleibseln des alten Bodenkommunismus angefangen bis zur Bewirtschaftung des Landes mit kapitalistischen Methoden. In Westeuropa wurde die Feudalherrschaft grundsätzlich schon im achtzehnten Jahrhundert liquidiert. In Rußland erfolgte die formelle Aufhebung der Leibeigenschaft erst 1861. Das Ausbeutungsverhältnis blieb praktisch unverändert, und seine Form bildete zugleich das Hemmnis für die moderne Entwicklung der russischen Agrarproduktion. Auch die Reform von 1881 scheiterte und brachte keine Lösung des Problems. Trotzky schilderte einmal, lange vor der Revolution von 1917, die ökonomische Lage des Riesenreiches mit den Worten, daß in Rußland die konzentrierteste Industrie Europas auf der Grundlage der rückständigsten Landwirtschaft bestehe. Das war keine Ueber-treibung. Einen Mittelstand in westeuropäischem Sinne gab es nicht. Die Industrie war gleichsam amerikanisiert, mit den

letzten Errungenschaften der Technik in der Form von Riesenbetrieben nach Rußland verpflanzt worden.

Nun ist die Voraussetzung der Bauernbefreiung der Sturz der Feudalherrschaft. Er ist nur möglich durch die Zusammenfassung der vereinzelter, lokaler Bauernaufstände zu einer nationalen, von einem einheitlichen, nächstliegenden Ziel getragenen Bewegung.

In Frankreich erfüllte diese Mission das Kleinbürgertum der Städte. Es stellte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und gab ihr ihren Sinn. In Rußland, wo es keine Manufakturbetriebe gegeben hatte, wo sich die industrielle Entwicklung nicht auf dem Wege des handwerks- oder fabrikmäßigen Kleinbetriebes zum Großbetrieb entwickelte, fehlte dieses Kleinbürgertum. Historisch fiel hier der Arbeiterklasse die Aufgabe zu, die Bauernbewegung zu nationalisieren und ihr das Ziel zu setzen. Die russische Arbeiterklasse, verbunden mit der sozialistischen Intelligenz, vollbrachte das große Werk der Bauernbefreiung, und das ist ihr geschichtliches Verdienst.

Wie aber steht es mit der bolschewistischen Herrschaft in der nachrevolutionären Zeit? Man muß sich hier vor der Wahl eines falschen Standpunktes der Beurteilung hüten. Man verfällt leicht in den Fehler, die russischen Zustände von unsern westeuropäischen Verhältnissen aus zu werten. Das ist unrichtig. Für die Beurteilung der bolschewistischen Herrschaft und ihrer Ergebnisse hat man von den früher in Rußland bestandenen ökonomischen und sozialen Zuständen auszugehen, nur dann erhält man einen zuverlässigen Maßstab. Nicht darauf kommt es an, ob, gemessen an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den westeuropäischen Ländern, die Lage Sowjetrußlands einen Fortschritt oder einen Rückschritt bedeute. Entscheidend ist, ob es sich, verglichen mit den vorrevolutionären Verhältnissen des Zarenreiches, um Fortschritte oder Rückschritte handle. Diese Orientierung wird allerdings erschwert durch die bolschewistische Diktatur. Vorläufig ist man auf einseitige

Orientierungen angewiesen. Die Bolschewisten selbst haben Interesse an beschönigenden Darstellungen ihrer Verhältnisse. Auf das Urteil ausländischer Exkursionisten, die auf ein paar Tage oder Wochen Rußland bereisen, ist nicht abzustellen, denn in so kurzer Zeit gewinnt man kein objektives Urteil über ein Land mit mehr als hundertfünfzig Millionen Einwohnern. Die Informationen bürgerlicher Zeitungen und Agenturen kommen nicht in Betracht. Inspiriert von konterrevolutionären Interessen, versuchen sie naturgemäß jeden Vorfall, jede Begebenheit, jede Maßnahme in einem Sowjetrußland feindlichen Sinne darzustellen und auszuschlachten. Tatsache ist, daß Sowjetrußland seit 1917 besteht. Es hat sich trotz kriegereischer Angriffe imperialistischer und gegenrevolutionärer Banden, trotz ökonomischen und finanziellen Torpedierungsversuchen kapitalistischer Kreise alle die Jahre hindurch behauptet. Mitten in der kapitalistischen Krise steht es heute gefestigter da, als je.

Terror und Diktatur genügen für die Erklärung dieser Tatsache nicht. Würde vom Gesichtspunkt der Bauern- und Arbeitermassen Rußlands nicht ein erheblicher sozialer, wirtschaftlicher und politischer Abstand zwischen den vorrevolutionären Zuständen und den Verhältnissen der Gegenwart bestehen, wäre auch in Rußland, trotz Diktatur und Terror, der Sturz des bolschewistischen Regimes als historische Notwendigkeit eingetreten.

Was ist der tiefste Sinn der nationalen bolschewistischen Politik? Er tritt uns entgegen in dem sogenannten Fünfjahresplan. Sein Zweck ist: die Verwandlung Rußlands aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Zerstörung der russischen Wirtschaft durch Krieg und Bürgerkrieg und aus der ununterbrochen wachsenden Bevölkerungszunahme. Im Jahre 1920 betrug die industrielle Produktion noch 20 Prozent, die landwirtschaftliche Gütererzeugung noch 68 Prozent des Vorkriegsstandes. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 150 Millionen hat Rußland einen jährlichen Zuwachs von 3,5 Millionen,

während im übrigen Europa mit einer Einwohnerzahl von 370 Millionen der jährliche Zuwachs nur 2,5 Millionen ausmacht. Durch die Anwendung der letzten technischen Mittel in Industrie und Landwirtschaft, durch die Kollektivierung des landwirtschaftlichen Betriebes will der Fünfjahresplan einerseits Beschäftigung ermöglichen für den normalen Bevölkerungszuwachs, für die Arbeitslosen und für den Bevölkerungsüberschuß der Dörfer, andererseits in Verbindung mit der Hebung der Produktivität eine Senkung der Produktionskosten herbeiführen. Durch Planwirtschaft und Konjunkturforschung sollen die günstigsten Voraussetzungen für dieses Ziel geschaffen werden.

Wahrscheinlich reichen die russischen Arbeitsbedingungen an sozialem Inhalt bei weitem nicht an die westeuropäischen Arbeitsverhältnisse heran. Aber der russische Arbeiter kennt diese Verhältnisse nicht. Er kennt die Zustände, unter denen er in der vorrevolutionären Zeit arbeitete und unter denen er jetzt tätig ist. Sodann ist er bedürfnisloser als der westeuropäische Kollege und findet andere Voraussetzungen, als dieser.

Rußland hat das Privateigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln aufgehoben. Die Industrialisierung ist nicht an die Zahlung einer Grundrente gebunden. Es sind keine veralteten Anlagen abzuschreiben und zu ersetzen. Die Unternehmungen gehören dem Staat. Diese Tatsachen verändern die Psychologie des russischen Arbeiters. Er arbeitet nicht für einen privatkapitalistischen Ausbeuter. Er schafft für den kommunistischen Staat. Ist dieser Staat zwar nicht kommunistisch, so ist es doch nicht der kapitalistische Staat, und in der Ideologie des russischen Arbeiters greift die Vorstellung Platz, daß dieser Staat beherrscht werde durch das arbeitende Volk, durch die Bauern und Arbeiter. So gibt es auch einen bolschewistischen Nationalismus. Der Feind von außen, er will nicht nur die Zerstörung der bolschewistischen Herrschaft, er will mehr: er will das Staats- und Gesellschaftsprinzip aufheben und den

russischen Arbeiter um den sicher spärlichen Ertrag seiner Arbeit bringen. Daraus entsteht ein Verteidigungswille, der besser fundiert ist, als der Verteidigungswille in der Klassengesellschaft.

Es steht heute nicht einwandfrei fest, ob der Fünfjahresplan gelinge. Nach bolschewistischen Mitteilungen wäre es möglich und ein neuer Plan würde sogleich folgen. Jedenfalls aber — und das muß die Sozialdemokratie anerkennen — handelt es sich um ein gewaltiges, nie gesehenes Experiment der Sozialisierung und der Planwirtschaft. Sollte der Plan gelingen, so entstände aus dem auf dieser Grundlage industrialisierten Rußland nicht nur ein sich selbst genügender Staat, die russische Wirtschaft müßte sich zu einem gefährlichen Konkurrenten für die kapitalistische Produktion des alten Europas entwickeln. Gleichzeitig aber böte Sowjetrußland ein grandioses Beispiel für planmäßiges Wirtschaften und müßte der Arbeiterbewegung anderer Länder einen mächtigen Impuls für die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse geben, auch wenn dabei andere Methoden der Durchführung zur Anwendung kommen sollten.

Jedenfalls darf angesichts dieser Verhältnisse in der Beurteilung der russischen Revolution und ihrer Ergebnisse eine gewisse Reserve nicht außer acht gelassen werden. Bei aller Leidenschaft, mit der die Sozialdemokratie die unverantwortlichen Söldlinge des Bolschewismus bekämpft, darf sie sich dadurch den objektiven Blick für die Vorgänge in Sowjetrußland nicht rauben lassen. Dieser Erkenntnis entspricht der Beschluß des Parteivorstandes, dessen Formulierung lautet:

«Die sozialdemokratische Partei der Schweiz erblickt in der russischen Revolution ein historisches Ereignis von größter geschichtlicher Bedeutung, durch das die russische Arbeiterklasse zur Führerin in der Befreiung der Millionen russischer Bauernmassen von der Sklaverei des Feudalismus berufen wurde. Der wirtschaftliche Aufbau Sowjetrußlands auf der Grundlage des Fünfjahrplanes ist ein gewaltiger Versuch zur

Verwirklichung der kollektiven Planwirtschaft in einem der größten Länder. Gelingt dieser Versuch, so kann die russische Revolution den Auftrieb zu einer Umwälzung der Eigentumsverhältnisse im Sinne der Gemeinwirtschaft auch für die andern Länder geben, selbst wenn diese andere politische Methoden anwenden.

«Die sozialdemokratische Partei der Schweiz muß sich einer Wertung der Durchführung dieses Versuches enthalten, so lange sie in ihrer Beurteilung angewiesen ist auf einseitig gefärbte Darstellungen der Organe der Sovietregierung oder auf entstellte Schilderungen der bürgerlichen Gegner des Sovietregimes. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz wird sich ein Urteil erst dann erlauben können, wenn die freie, öffentliche Kontrolle der Ergebnisse des gewaltigen Sozialisierungs- und Planungsversuches ermöglicht sein wird.

«Wie bisher, wendet sich die sozialdemokratische Partei der Schweiz gegen alle Angriffsversuche kapitalistischer Kreise und Regierungen auf die russische Revolution und gegen alle Interventionsgelüste imperialistischer Kriegstreiber auf Sowietrußland. Die sozialdemokratische Partei der Schweiz fordert die offizielle Anerkennung Sowietrußlands durch die Schweiz und die Legalisierung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, die in der Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise von großer Wichtigkeit für die schweizerische Volkswirtschaft sind.»

In schroffer Weise stehen sich Sozialismus und Kommunismus dort gegenüber, wo es sich um die konkrete Aktion, um den Kommunismus als einer Bewegung der internationalen Agitation und Propaganda handelt. Hier scheiden sich Wege und Methoden. Die Sozialdemokratie wendet sich gegen die wahl- und voraussetzungslose Uebertragung von Kampfparolen von Land zu Land, sie lehnt die ungeschichtliche Betrachtung der Dinge ab, die im kapitalistischen Produktionssystem die einzige Ursache des die Welt erfüllenden Unheils erblickt und historische Besonderheiten über-

sieht. Sie richtet sich gegen den Versuch, dem subjektiven Faktor in der Menschheitsentwicklung die ausschlaggebende Rolle zuzuschreiben und die objektiven Faktoren aus der Betrachtungsweise auszuschalten. Ganz besonders aber wendet sich die Sozialdemokratie gegen das Verbrechen der Spaltung und des Verrates, den die Kommunisten durch immer häufigeres, offenes Zusammengehen mit der bürgerlichen Reaktion an der Arbeiterklasse üben.

Auch die Sehnsucht nach einer proletarischen Einheitsfront, der Wille, die Arbeitermassen in einer kampffähigen internationalen Organisation gegen die Herrschaft der Kapitalisten zusammenzuführen, darf von dieser scharfen Stellungnahme gegen die kommunistischen Methoden nicht abdrängen. So lange die kommunistische Internationale und ihre Sektionen, heißt es in der Entschließung der Partei, die Spaltung der Arbeiterklasse, die Diktatur über das Proletariat und den Terror anwendet, die Zertrümmerung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Organisationen als ihre hervorragendste Kampfforderung, die systematische Verunglimpfung und haßerfüllte Verleumdung der sozialdemokratischen Arbeiter und ihrer Vertrauensleute als die beste Methode des proletarischen Klassenkampfes bezeichnen, gibt es zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Internationale weder eine direkte noch eine indirekte Gemeinschaft. «Die proletarische Einheitsfront wird entstehen als ein Prozeß der geschichtlichen Entwicklung und der sozialistischen Läuterung, sie kann niemals hervorgehen als das Resultat eines Vernichtungskampfes diktatorischer Organisationen gegen die Träger der sozialistischen Arbeiterbewegung.»

Ausblick

Die sozialistischen Ideen sind Lehren der Wirklichkeit, nicht Bestandteil eines Systems der philosophischen Spekulation. Aus der Wirklichkeit entstanden und entwickelt, sind sie für die Wirklichkeit geschaffen und durch sie in allen wesentlichen Teilen bestätigt worden. Ihre Grundlagen sind die gesellschaftlichen Zustände, denen sie kritisch gegenüber treten, sie aus der geschichtlichen Vergangenheit ableiten, ihre Zusammenhänge aufzeigen und ihre Weiterentwicklung darstellen.

In einem Zeitpunkt, da die wahren Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung noch verborgen waren, hat das kommunistische Manifest von Marx-Engels von den kommenden Dingen und Ereignissen gesprochen und sie mit unerhörter Klarheit beschrieben. Wer das kommunistische Manifest wieder liest, ist verblüfft von der Genialität, mit der es die Entwicklung der gesellschaftlichen Tatsachen voraussagt und ihre Ergebnisse formuliert.

In der Wirtschaft hat es die Lehre von der Konzentration der kapitalistischen Kräfte aufgestellt. Die Entwicklung vom gewerblichen Kleinbetrieb zum industriellen Großbetrieb, von der Einzelunternehmung zur kapitalistischen Kollektivunternehmung in Form der Kommandit- und Aktiengesellschaften, von der freien Konkurrenz zur Konkurrenz zwischen mächtigen, in Kartellen, Syndikaten und Trusts zusammengefaßten kapitalistischen Gruppen, von der gigantischen Entfaltung der Produktivkräfte bis zu den künstlichen und gewaltsamen Einschränkungsversuchen — das alles bestätigt heute die kapitalistische Wirtschaft sinnenfällig.

Das kommunistische Manifest hat die Wiederkehr periodischer Krisen und ihre Verschärfung geschildert. Die gegenwärtige Krise ist die volle Bestätigung. «Die Produktivkräfte, die ihr (der Bourgeoisie) zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhält-

nisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dieses Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. — Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.» Diese Sätze treffen Wort für Wort auf die gegenwärtige Krisenlage zu. Das kommunistische Manifest hat die Zusammenfassung lokaler und regionaler Wirtschaften zu nationalen Wirtschaften und die Verflechtung der nationalen Wirtschaften zur Weltwirtschaft vorausgesagt. Es hat auf die blutigen Konflikte hingewiesen, die im Streit um die Beherrschung alter und die Eroberung neuer Märkte zwischen den nationalen Mächtigkeitsgruppen der Kapitalisten notwendig entstehen müssen. Die Aufstände und Kriege mit dem Ziel der Schaffung nationaler Wirtschaftsgemeinschaften, die Kriege um den Kolonialbesitz und schließlich der Weltkrieg haben diese Prophezeiung mit drastischer Eindringlichkeit bestätigt. Das kommunistische Manifest hat die Entwicklung des modernen Proletariats gezeichnet zu einer Zeit, als es überhaupt noch keine Arbeiterbewegung gab. Es zeigte den Uebergang vom Dorf zur Stadt, von der Agrarwirtschaft zur industriellen Wirtschaft, die Verwandlung des Handwerkers und des kleinen Bauers in den Fabrikarbeiter, die Auflösung und Spaltung der Berufe und die Verwandlung des Fabrikarbeiters in ein bloßes Anhängsel der Maschine, die unaufhaltsame Vernichtung der ökonomischen Grundlagen des kleinen Mittelständlers und seine Verwandlung in den Proletarier, die Entstehung und Entwicklung des intellek-

tuellen Arbeiters, das Herabsinken immer neuer Schichten der gelehrten Berufe in das Proletariat.

Das kommunistische Manifest hat den Kampf geschildert, den das Proletariat gegen die Bourgeoisie zu führen gezwungen ist. Im Anfang kämpfen die einzelnen Arbeiter, dann die Arbeiter einer Fabrik, dann die Arbeiter eines Arbeitszweiges an einem Ort gegen den einzelnen Bourgeois. Sie richten ihre Angriffe nicht nur gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sie richten sie gegen die Produktionsinstrumente selbst. Sie zerschlagen Maschinen, stecken Fabriken in Brand und suchen die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder zu erringen. Noch bilden die Arbeiter eine über das ganze Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse. Noch gibt es keinen bewußten Zusammenschluß der Arbeiter. Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat. Es wird in größern Massen zusammengedrängt. Seine Kraft wächst, es fühlt sie stärker. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschine die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn auf ein fast überall gleiches Niveau herabdrückt. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird unsicherer und jetzt vereinigen sie sich zur Behauptung ihres Arbeitslohnes und ihrer Existenz. Sie schaffen dauernde Organisationen und erweitern den Kampf.

Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Aus den lokalen Organisationen entstehen über das ganze Land sich erstreckende Verbände, aus den lokalen Kämpfen gehen über das ganze Land verbreitete Kämpfe hervor. Diese Kämpfe haben den gleichen sozialen Charakter, zentralisieren sich zu einem Klassenkampf und verwandeln den Klassenkampf in einen politischen Kampf.

Wird die proletarische Klassenorganisation in ihren Anfängen durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst immer wieder gesprengt; so ersteht sie später immer wieder aufs neue, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen in Gesetzesform: den Maximalarbeitstag, den Arbeiterschutz, die Sozialpolitik.

Aber damit ist die Entwicklung nicht abgeschlossen. Die Produktivkräfte entfalten sich weiter. Durch die Fortschritte der Industrialisierung versinken ganze Teile der herrschenden Klassen im Proletariat oder sie werden wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Der Auflösungsprozeß der herrschenden Klassen vollzieht sich mit eherner Konsequenz, der Klassenkampf nähert sich der Entscheidung.

Diese Entscheidung ist die Auseinandersetzung zwischen der alten und der neuen Gesellschaft. «Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Ueberbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.»

Das kommunistische Manifest, die geistige Grundlage aller sozialistischen Ideenentwicklung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, bildete während Jahrzehnten eine Fundgrube des Wissens und der Erkenntnis für alle, denen der Sozialismus innerstes Bedürfnis, Weltanschauung und nicht bloß Lippenbekenntnis war. Während Jahrzehnten aber blieb dieser Schatz den breiten Massen verborgen. Sie kämpften für die unmittelbaren Bedürfnisse des Alltags. Erst in dem Maße, als sich der Kapitalismus und die durch ihn hervorgerufenen Zustände weiter entwickeln, erst in dem Maße, als sie sinnenfällig die wankende Grundlage der heutigen Gesellschaft zum Ausdruck bringen, reift das Verständnis für den im kommunistischen Manifest enthaltenen hohen Gedankenflug. Jetzt, nachdem ein halbes Jahrhundert proletarischer Klassenkämpfe im nationalen und internationalen Maßstab zeigte, wie richtig der Satz ist, daß die immer weiter um sich greifende Vereinigung, nicht der unmittelbare

Erfolg das Resultat dieser Kämpfe ist, jetzt, nachdem die Krise des Kapitalismus alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse bedroht, die Mittel der bisherigen Organisationen nicht ausreichen, um diese Gefahr abzuwenden, der demokratische Staat immer unverhüllter die Formen der wirtschaftlichen und finanziellen Diktatur der kapitalistischen Herrschaft annimmt, tritt die Notwendigkeit der Ueberwindung der alten Gesellschaft immer stärker in das Bewußtsein der Arbeiter. Der Sozialismus erscheint jetzt nicht nur als ein Ergebnis theoretischen Denkens. Seine Notwendigkeit geht nun hervor aus dem unmittelbaren praktischen Erleben der Gegenwart. Was einst Idee war, erhält Fleisch und Blut, was einst bloße Theorie war, wird zur lebendigen Wirklichkeit.

Damit tritt die Geschichte der sozialistischen Ideen in eine neue Phase ein. Sie geht vom Bewußtsein über in das praktische Handeln. Früher ein Objekt theoretischer Auseinandersetzungen, wird die sozialistische Idee Objekt des proletarischen Massen- und Klassenkampfes. In ihrem Zeichen wird die Menschheit den Weg zu neuen Formen des gesellschaftlichen Daseins beschreiten, in ihrem Zeichen ihren Aufstieg, ihre Befreiung vollziehen.

Robert Grimm

Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz

Verlag: Dr. Oprecht & Helbling A.-G., Zürich

Alle Rechte, auch das der Uebersetzung, vorbehalten.
Copyright 1931 by Verlag Dr. Oprecht & Helbling A.-G.
Druck: Genossenschaftsdruckerei Aarau.